



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen  
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik

# Stasi in Dresden

Die Geheimpolizei im DDR-Bezirk



Peter Boeger, Elise Catrain (Hg.)

**Stasi in Dresden**  
**Die Geheimpolizei im DDR-Bezirk**

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
»Stürzt die Regierung!« – der 17. Juni 1953 in Niesky	6
»Zutritt für Unbefugte verboten« – die Abschottung der Dresdner Stasi-Zentrale	12
Auf der Spur des Taxi-Agenten – Kalter Krieg in Kamenz	16
Augen und Ohren immer offen halten – das Spitzelnetz der Staatssicherheit	22
»Ich fordere die Umsiedlung!« – die Stasi bekämpft Ausreiseartragsteller	29
»Im Interesse und zum Schutz der Bürger«? – die Postkontrolle der Stasi	33
Staatsaffäre Opernpremiere – die Wiedereröffnung der Semperoper unter Stasi-Kontrolle	39
»Sportverräter« Kotte – die Stasi und der DDR-Fußball	43
Prag – Dresden – Hof: Sonderzüge in die Freiheit	49
Anmerkungen	56
Übersichten und Verzeichnisse	58
Die Dienststellen der Stasi im Bezirk Dresden	58
Struktur und Aufgaben der Stasi in Dresden	60
Kurzbiografien der Minister und der Leiter der Bezirksverwaltung Dresden	61
Abkürzungsverzeichnis	64

> Abbildung auf der Titelseite

Stasi-Aktion »Palme 87«: Die Geheimpolizei beobachtet Teilnehmer am offiziell genehmigten Olof-Palme-Friedensmarsch auf dem Georgi-Dimitroff-Platz in Dresden (heute Schlossplatz). 1986 wird der schwedische Ministerpräsident Olof Palme, ein scharfer Kritiker des atomaren Wettrüstens, ermordet. Im September 1987 findet über mehrere Tage der Friedensmarsch durch die DDR statt, an dem auch politische »Gegner« der SED teilnehmen. 18.9.1987  
 BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 7634, Fo, Bl. 4 – Mitte





> Demonstration am Dresdner Theaterplatz. 19.11.1989  
Foto: Marian Günther

## Einleitung

Am 3. Oktober 1990 vollzog sich die Wiedervereinigung Deutschlands und besiegelte damit endgültig das Ende der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Vierzig Jahre lang war die DDR eine Diktatur unter der Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Für ihre Absicherung verantwortlich war zwischen 1950 und 1989 das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), das sich selbst als »Schild und Schwert« der Partei verstand. Omnipräsent in allen Bereichen der Gesellschaft, übte die Staatssicherheit Repression gegen viele, die es wagten, systemkritisch zu agieren oder auch nur zu denken – von bloßer Einschüchterung bis hin zur Verhängung langjähriger Haftstrafen.

Voraussetzung für die Wiedervereinigung war die Überwindung der SED-Diktatur. Im Herbst 1989 entschlossen sich Tausende mutige Bürgerinnen und Bürger, ihren Unmut öffentlich zu machen. Woche für Woche demonstrierten sie auf der Straße. Auf zahlreichen Transparenten zeigten sie ihre Forderungen: Reisefreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit ... Auch »Freiheit für meine Akte« gehörte zu den Forderungen vieler Bürger.

Nachdem bekannt wurde, dass die Staatssicherheit Akten zu vernichten begann, machten sich Bürgerinnen und Bürger auf den Weg zu den Dienststellen, um diese Zerstörung zu stoppen. Am 5. Dezember 1989 besetzten



> Der Zugang zu den Akten war eine zentrale Forderung der Demonstranten. Dresden, Dezember 1989  
Foto: Matthias Rietschel

sie in Dresden die Bezirksverwaltung (BV) an der Bautzner Straße, zwangen den obersten MfS-Offizier, Generalmajor Horst Böhm (1937–1990), seine Dienstwaffe abzugeben und zurückzutreten<sup>1</sup> und konnten so die brisanten Unterlagen der Geheimpolizei sichern. Ihnen ist es zu verdanken, dass heute acht Kilometer Stasi-Akten aus dem Bezirk Dresden erhalten geblieben sind.

Aus diesem Archiv der Staatssicherheit stellt die vorliegende Broschüre eine Auswahl an menschlichen Schicksalen, Dokumenten und Fotos vor. Sie wirft Schlaglichter auf 40 Jahre MfS-Geschichte im ehemaligen Bezirk Dresden. Sie zeigt, wie sich im Juni 1953 Bürger in Niesky gegen die Regierung stellten. Sie beschreibt aber auch, mit welchen Mitteln und Methoden die Stasi gegen unliebsame Ausreiseträger oder prominente Dynamo-Fußballspieler vorging. In den Beiträgen sind alle Fallbeispiele besonders gekennzeichnet.

Wir möchten jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern danken, die einer Veröffentlichung ihrer Akten zustimmten. Die vorliegende Broschüre ist eine Sonderausgabe zum diesjährigen Tag der Deutschen Einheit in Dresden. In Kürze erscheint die umfassende Studie »Stasi in Sachsen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig«.

ECa/PBo



> Bürger besetzten die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit in der Bautzner Straße. Dresden, 5.12.1989  
BStU, MfS, ZKG, Fo, Nr. 105, Bild 23



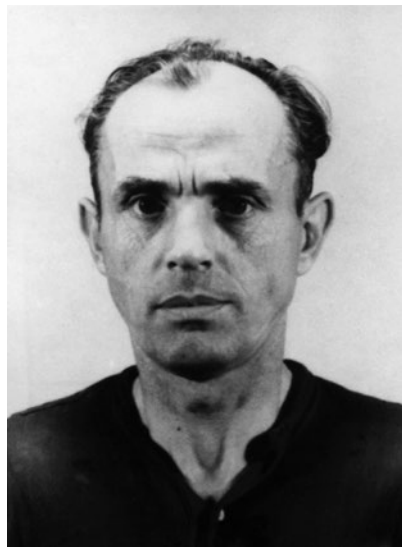
> Im Veranstaltungssaal der BV Dresden forderten die Bürger eine Aussprache mit den Verantwortlichen der Staatssicherheit. 5.12.1989  
BStU, MfS, ZKG, Fo, Nr. 105, Bild 35



## »Stürzt die Regierung!« – der 17. Juni 1953 in Niesky

Victor Piegsa (Jg. 1905) war Hilfsschlosser im volkseigenen Betrieb Lokomotiv- und Waggonbau (LOWA) in Niesky. Am 17. Juni 1953 schloss er sich den spontanen Demonstrationen im Ort an. Nach seiner Festnahme befragt, warum er sich »an diesen faschistischen Terrormaßnahmen« beteiligt hatte, antwortete er: »Da ich mit verschiedenen Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht einverstanden und besonders in der letzten Zeit über verschiedene Dinge sehr verärgert war [...]«<sup>2</sup>

Piegsa wurde vor Gericht gestellt und verurteilt: »Der Angeklagte Victor Piegsa beteiligte sich am 17. Juni 1953 ab 15.00 Uhr von der LOWA aus an der Demonstration. Als die Menge an der SED-Kreisleitung begann, handgreiflich zu werden, stellte er sich abseits und beobachtete von da aus alles. Zum Min. f. Staatssicherheit [gemeint ist die MfS-Kreisdienststelle Niesky] zog er dann mit und kam dort an, als bereits die Türen erbrochen waren. Er ging in den Hof und sah wie Markwirth in die Garage ging und mit noch anderen Benzin holte. Aus den dort zwischen Garage und Haus stehenden Tonnen nahm er Putzwatte und wurde von der Zeugin S[...] gesehen, wie er mit der dann brennenden Putzwatte zum Gebäude des Min. f. Staatssicherheit ging.



> MfS-Häftling Victor Piegsa. 1953  
BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Beiakte, Bild 3

Als die Volkspolizei auf das Grundstück des M.F.S. kam, forderte er diese auf, nicht auf die Arbeiter zu schießen, sondern die »Knarre« umzudrehen. Nach dem erzwungenen Abzug verfolgte er die Volkspolizei noch bis zum VP-Kreisamt und beschimpfte diese, indem er sagte: »Die Arbeiter müssen schwer arbeiten und bekommen wenig zu essen und die VP-Angehörigen bekämen besonders gutes Essen und viel Geld.« Weiter äußerte er noch, dass wir keine Kasernen, sondern Wohnungen brauchen.«<sup>3</sup>

Das Gericht befand in seinem Urteil, Victor Piegsa habe feindliche Ziele verfolgt und sich der Brandstiftung und der Boykott- und Kriegshetze schuldig gemacht. Das Urteil lautete auf sechs Jahre Zuchthaus.<sup>4</sup> Ausschlaggebend für das hohe Strafmaß war auch die Zeugenaussage von Frieda S. (Jg. 1920), die in der MfS-Kreisdienststelle (KD) Niesky als Reinigungskraft beschäftigt war.<sup>5</sup> Sie gab an, »dass sie Piegsa gesehen hat, wie er mit einem Wattebausch, der mit Benzin getränkt war, aber nicht brannte, um das Gebäude des MfS gelaufen ist.«<sup>6</sup> Die Frage, woran sie auf Distanz erkennen konnte, dass ein Bausch Polierwatte mit Benzin getränkt war, stellte der Richter offenbar nicht.

Die Glaubwürdigkeit dieser Aussage wurde jedenfalls nicht angezweifelt. Piegsa erklärte hingegen vor Gericht, »dass dieses nicht wahr sei, sondern dass die S[...] ihn aus Rache beschuldige. Sie hätte schon einige Male versucht, mit ihm ein Verhältnis anzuknüpfen und ihn aufgefordert, dass er sich von seiner Frau scheiden lassen soll und sie – die S[...] heiraten soll«, vermerkte die MfS-Bezirksverwaltung in Dresden.<sup>7</sup> Im November 1956 prüfte der Staatsanwalt des Bezirks Dresden, ob eine bedingte Strafaussetzung für Piegsa infrage käme. In der Strafvollzugsanstalt Leipzig wurde das Ansinnen »noch als verfrüht angesehen.«<sup>8</sup> Die Umerziehung des Strafgefangenen Victor Piegsa sei noch nicht abgeschlossen, außerdem erkenne er die Urteilsbegründung nicht an. Victor Piegsa verbüßte schließlich eine Haftstrafe von fünf Jahren und fünf Monaten.

Neben Görlitz gehörte die Kreisstadt Niesky zu den Brennpunkten des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 in der DDR. Schon in den Morgenstunden spürten Beobachter auf der Baustelle des Flugplatzes Bremen-hain die ersten Unruhen. Auch in der LOWA, einem der größten Betriebe der Region, diskutierten Beschäf-

**Das Amtsgericht** Niesky, den 18. Juni 1953  
Fernsprecher: 304

Geschäftsnummer: **2 Ad 54/53**  
(Bei Eingaben stets anzuführen)

**Haftbefehl**

BSH  
000006

Der Hilfeschlosser Viktor Piegsa,  
geb. am 23.12.05 in Schneidenburg OS.,  
wohnhaft in Niesky, Bauernbüschen 10  
ist zur Untersuchungshaft zu bringen.

Er wird beschuldigt, an einer öffentlichen Zusammenrottung, bei welcher unter Androhung von Gewalt Widerstand gegen die in Ausübung des Amtes befindlichen Angestellten des öffentlichen Dienstes, geleistet worden ist. Er hat am 17.6.1953 an dem Aufruhr teilgenommen und das Gelände des MfS betreten, und durch Beschimpfungen der Staatsorgane die Empörung der Auführer gesteigert.

Er ist dieser Straftat dringend verdächtig und da durch das Gesetz eine Gefängnisstrafe von nicht unter 6 Monaten Gefängnis angedroht ist, so besteht die Gefahr, dass sich der Beschuldigte durch die Flucht der strafrechtlichen Verantwortung entziehen wird.

Gegen diesen Haftbefehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig.

Best.-Nr. StP. 4 Haftbefehl (§§ 112 ff. StPO.), Amtsgericht.  
Zu beziehen vom  
Thür. Volksverlag GmbH., Erfurt, Anger 37/38

175/40 11 51 5131 - X/V/10/1 - 40 - 4240

(Richter)

> Haftbefehl gegen Victor Piegsa. 18.6.1953  
BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Vollzugsakte, Bl. 6





> In den Nachmittagsstunden standen 1 200 Menschen vor der Dienststelle der Staatssicherheit in Niesky. 17.6.1953  
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10745, Bild 18

tigte über eine Beteiligung an der Streikbewegung. In den Mittagsstunden drang die Nachricht zu den Betriebsangehörigen durch, dass in anderen Orten bereits demonstriert wurde. Der 24-jährige Elektromechaniker Heinz Sachsenröder war in der LOWA eingetroffen und unterrichtete seine Kollegen über die Streikwelle in Berlin, Leipzig und Görlitz: »Ich komme soeben aus Berlin, was hier gesprochen wurde ist alles Lüge. In Berlin wird gestreikt und wir fordern nicht nur die Herabsetzung der Normen, sondern auch die Absetzung der Regierung, die Absetzung der Partei, der FDJ, der Werksleitung [...]«.⁹ Beim Schichtwechsel um 15 Uhr legten die Arbeiter dann endgültig die Arbeit nieder. Früh- und Spätschichtarbeiter machten sich auf den Weg zum VEB Stahlbau, einem anderen Großbetrieb der Region, wo sich weitere Mitstreiter dem Demonstrationszug anschlossen.<sup>10</sup>

Die Streikenden marschierten zunächst Richtung Innenstadt bis zum Sitz der SED-Kreisleitung am

Zinzendorfplatz. Dort verschärfte sich die Situation: SED-Funktionäre wurden beschimpft und zum Teil angegriffen – sie brachten sich in Sicherheit. Auch der Einsatz von Volkspolizisten konnte den Sturm auf die Kreisleitung nicht mehr verhindern. Am und im Gebäude wurden Transparente, Fahnen, Embleme und Bilder heruntergerissen und auf der Straße in Brand gesetzt.<sup>11</sup> Damit brachten die Demonstranten ihre Wut über den Staat und den proklamierten »Aufbau des Sozialismus« zum Ausdruck, der eine Wiedervereinigung Deutschlands in weite Ferne rückte. Die zunehmende Militarisierung, die Enteignung von Betrieben und die Kollektivierung der Landwirtschaft sowie die verstärkten Repressionen und schließlich die Erhöhung der Arbeitsnormen stießen zunehmend auf Widerstand in der Bevölkerung. Der Druck und die Frustrationen bei Arbeitern und Angestellten wurden immer größer. Wie sollte man beispielsweise in den Betrieben die Norm erfüllen, ja sogar übererfüllen, wenn es an Material mangelte?<sup>12</sup>

Die Nieskyer beschränkten die Protestkundgebung nicht auf die SED-Kreiszentrale. Gegen 16 Uhr standen 1 200 Demonstranten in der Karl-Marx-Straße vor dem Sitz der MfS-Kreisdienststelle (S. 59).<sup>13</sup> Karl Schulze, kommissarischer Leiter der KD, hatte aus der Bezirksverwaltung Dresden die klare Anweisung bekommen, »das Gebäude unter allen Umständen zu verteidigen.«<sup>14</sup> Zu diesem Zeitpunkt befanden sich gerade einmal zehn Mitarbeiter der Stasi im Gebäude. Es herrschte Konfusion unter den Hauptamtlichen, ob geschossen werden sollte oder nicht und sie suchten zunächst Zuflucht in der oberen Etage. Die Menge forderte die Freilassung von Gefangenen. Einen Demonstranten ließ Schulze eintreten, der kurz darauf wieder hinauskam und verkündete, dass sich im Gebäude kein einziger Häftling befinden würde. Die Menge glaubte ihm jedoch nicht und stürmte das Gebäude. Einige Demonstranten gelangten in den Keller und legten Feuer, um die Stasi-Mitarbeiter »auszuräuchern« und dazu zu zwingen, das Gebäude zu verlassen.<sup>15</sup> Der Einsatz von

Volkspolizisten und das Abfeuern von Warnschüssen schreckte die Menschenmenge nicht ab. Die Situation spitzte sich weiter zu. Karl Schulze und drei seiner Mitarbeiter wurden entwaffnet und in den Hundezwinger der KD gesperrt. Höhepunkt der Demütigung: Demonstranten stellten ihnen einen Napf mit saurem Hundefutter hin.<sup>16</sup> Gegen 20 Uhr setzten Einheiten der Kasernierten Volkspolizei (KVP) dem Protest ein Ende. Zwei Stunden später war in Niesky wieder Ruhe eingeleitet. Im Vergleich zu anderen Städten wie Görlitz waren in Niesky keine sowjetischen Truppen angerückt. Offenbar standen auf deutscher Seite keine Dolmetscher zur Verfügung, die die »Freunde« um Unterstützung bitten konnten.<sup>17</sup>

Die Ereignisse des 17. Juni trafen SED-Funktionäre und Mitarbeiter des MfS völlig überraschend. In der Nacht zuvor war eine Vorwarnung des Zentralkomitees über bevorstehende Unruhen eingegangen. Jedoch war Schulze in den Vormittagsstunden noch der Meinung,



> Stürmung der KD Niesky. 17.6.1953  
BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bd. o. Nr., Bl. 38



**Chef der Garnison Dresden**

Nr. 1 der Stadt Dresden

Dresden, den 17. 6. 1953

BStU  
000007**1. Ab 15 Uhr dem 17. Juni 1953 wird für die Stadt und den Kreis Niesky der**

# Ausnahmezustand

**verhängt, bis weitere Befehle folgen.****2. Kategorisch wird verboten:**

- a) Demonstrationen
  - b) Meetings
  - c) Versammlungen
  - d) Zusammenkünfte und jegliche Ansammlungen von Bürgern.
- Theater, Kinos und Lokale müssen um 21 Uhr geschlossen sein.**

**3. Die Bürger haben das Recht, sich auf dem Territorium der Stadt und des Kreises Niesky nur ab 5 Uhr bis 21 Uhr aufzuhalten. Nach dieser Zeit ist jeglicher Verkehr untersagt. Personen, die diesem Befehl zuwiderhandeln, werden streng nach den Gesetzen des Ausnahmezustandes bestraft.**

**Chef der Garnison der Stadt Dresden**  
Generalmajor Schmyrnow

**Militärkommandant der Stadt Dresden**  
Bogdanow

III/22/1 H 6 53 569 1000 Buchdruckerei Paul Stephan, Niesky, Gerodorfstr. 8

JM/420/53

> Verhängung des Ausnahmezustandes durch den Chef der Garnison Schmyrnow der Stadt Dresden. 17.6.1953  
BStU, MfS, BV Dresden, KD Niesky, Nr. 6119, Bl. 7



> Verhandlung zum 17. Juni 1953 vor dem Bezirksgericht Dresden gegen 16 Angeklagte; darunter Victor Piegsa (erste Reihe, rechts). 25.7.1953  
BArch, Bild 183-20524-0001, Foto: Braun (Ausschnitt)

dass keine Gefahr bestünde. Das Szenario, welches sich in der MfS-Dienststelle von Niesky ein paar Stunden später abspielte, blieb republikweit einmalig. SED und das örtliche MfS hatten die Kontrolle verloren und versagt. Der KD-Leiter wurde seines Amtes enthoben und als operativer Mitarbeiter in eine Abteilung der BV versetzt. Ihm wurde vorgeworfen, von der Waffe keinen Gebrauch gemacht zu haben: »Er verfügt über keine zielklare Entscheidungskraft.«<sup>18</sup> Kurz nach dem 17. Juni 1953 verschärfte das SED-Regime die Repression; der Volksaufstand wurde zum »faschistischen Putschversuch« erklärt und bis Mitte 1955 ca. 15 000 Personen verhaftet.<sup>19</sup> Nach der Erstürmung der KD Niesky wurden 16 Personen, darunter Piegsa, inhaftiert. Nur einen Monat später, am 18. Juli 1953, wurde das Urteil gefällt. Die Haftstrafen reichten von anderthalb Jahren bis lebenslänglich.<sup>20</sup>

Der 17. Juni 1953 hinterließ sowohl bei der Partei als auch bei der Staatssicherheit für Jahrzehnte ein tiefes Trauma. Die SED gab ihrer Geheimpolizei die Schuld und entband Stasi-Minister Wilhelm Zaisser von seinen Funktionen. Von diesem Zeitpunkt an ordnete die Partei an, von der Staatssicherheit über alle Geschehnisse in der DDR informiert zu werden.<sup>21</sup> Zu jedem Jahrestag des 17. Juni verstärkte das MfS seine Kontrollen mit

der Prämisse, eine Wiederholung solcher Ereignisse bereits im Vorfeld zu verhindern.<sup>22</sup> So blieb der 17. Juni bis zum Untergang der DDR stets ein Tag erhöhter Alarmbereitschaft bei der Staatssicherheit – auch noch 36 Jahre nach den Ereignissen des Jahres 1953.

AJM/ECa



## »Zutritt für Unbefugte verboten« – die Abschottung der Dresdner Stasi-Zentrale

Im Jahre 1989 zählte das Ministerium für Staatssicherheit 15 Bezirksverwaltungen (BV). Sie waren analog zur Zentrale in der Berliner Normannenstraße aufgebaut. Die Struktur der Bezirksverwaltungen folgte dem sogenannten Linienprinzip.<sup>23</sup> Aufgaben wurden intern nach Abteilungen aufgeteilt und nach gleichen Prinzipien auf zentraler wie auf Bezirksebene bearbeitet. Die Überwachung von Kirche, Kunst und Kultur war beispielsweise bei der Hauptabteilung XX in Berlin und der Abteilung XX in Dresden angesiedelt. Einzelne Aufgaben blieben in den Händen der Zentrale in Berlin wie beispielsweise die Militärabwehr (Hauptabteilung I). In den sächsischen Bezirksverwaltungen wurden aber auch spezielle Abteilungen eingerichtet, die es woanders nicht gab, so die Abteilung »Wismut« der BV Karl-Marx-Stadt und das selbstständige Referat »Messe« der BV Leipzig. An der Dresdner Technischen Universität (TU) befand sich eine der sieben landesweiten Objektdienststellen (OD), die für die Überwachung von Lehrkräften, Studierenden, insbesondere ausländischen Studierenden, und Forschung zuständig war. Insgesamt war die BV Dresden für 31 Abteilungen sowie

16 Kreisdienststellen zuständig. (S. 60) In diesem Rahmen verfügte sie zuletzt über 3 500 hauptamtliche und 13 000 inoffizielle Mitarbeiter.<sup>24</sup>

Der Hauptsitz der BV Dresden befand sich an der Bautzner Straße (S. 58). Der Gebäudekomplex wurde rund um die Uhr bewacht. Die Staatssicherheit ging von der permanenten Gefahr eines Angriffs auf ihre Dienstgebäude aus und verfolgte jede Androhung gegen das »Organ« mit durchaus ausgeprägter Ernsthaftigkeit.

Anfang März 1978 läuteten in der Dresdner BV die Alarmglocken. Der erste von am Ende fünf anonymen Briefen war in der Bautzner Straße angekommen. Der Absender dieser Briefe unterschrieb mit dem Namen »Leopard« und gab vor, eine Gruppe von Studenten und Musikern zu vertreten. Die Forderungen waren derart überspitzt, dass sie kaum hätten ernst genommen werden müssen: »Leopard« forderte insgesamt 1 Million DM, zwei Autos und die Möglichkeit, die DDR zu verlassen. Die Gruppe drohte mit einem Anschlag und der Ermordung von Funktionären. Im dritten Brief vom 31. März 1978 hieß es: »Wenn ihr weiterhin alles das, was wir euch mitteilen, genau befolgt, haben

BSTU  
0009

eure ablehnende haltung ist gefährlich. wir vermissten eure  
annonce. die letzte chance für euch mit uns in verbinding  
aufzunehmen.

sz am 29.3.78

text verk orgel farfisa 12000.00 m teilz.mögl.

es ist die letzte chance.

UT 28  
BSTU 00  
0043  
1. Anzeige

**Suche** kl. niedrig, hell lackiert, Mehrzweckschrank, Schuh-schrank, Campingstühle und -liege, Imp.-Jeansmantel 38/40, 26er Da.-Fahrr. u. ab Mai Ki.-Wa. Gen. Beschr., Maß- u. Preisang. erb. Zuschr. A 407 751 DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

**Suche Einf.-Siedlungshaus** mit gr. Garten, biete 2 1/2-Zi.-Whg., Fhgz., sowie Garage. Zuschr. P 794 127 DEWAG, 806 Dresden, Postf. 1 000

**Alte Porzellanschneidebrettchen** mit u. ohne Spruch, Zwiebelmuster, Quirle, Löffel, Nudelholz usw. in privat gesucht. Zuschr. P 407 732 DEWAG, 806 Dresden, Postf. 1 000

**Anrichte u. Wohnzimmerschr. Modell „Erich“**, Bj. um 1960, VEB Anklamer Möbelfabrik) auch einz. od. besch. dring. ges. Zuschr. P 407 787 DEWAG, 806 Dresden, Postf. 1 000

**Su. Schreibmaschine**. Zuschr. an P 407 795 DEWAG, 806 Dresden, Postf. 1 000

**Suche gebr. Pelzmaschine**. Zuschr. an P 407 804 DEWAG, 806 Dresden, Postf. 1 000

**Verkäufe**

**Lg. wß. Brautkleid**, m 88, für 100,-, evtl. m. Schleier. Zuschr. A 355 443 DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

**47er-FS-Gerat „Donja“**, funktionsf., 290,-, evtl. m. Konverter; Kühlschr. „Polar“ 80 l, gut erhalt., Garant. März 1980 (neues Aggregat), 470,-. 8040 Dresden, Karlshofer Str. 58, 1. Etg. rechts

**Verk. Doppelbettcouch „Dagmar“**, 400,-. Herrmann, 8019 Dresden, Wormser Str. 4, ab 17 Uhr

**Verk. Fernsehteil (neu)**, Modell „Hainichen“, für 180,-. Tägl. ab 17 Uhr bei Burkhardt, 8029 Dresden, Hühndorfer Str. 17

**Wohnzi.-Büf.** (Seiten vergl.) u. Anrichte, dkl. Nußb., pol., gut erh., 400,-. Reichel, 8030 Dr., Baudissinstraße 13 (Sbd.)

**Schreibtisch u. Bücherschrank**, dkl. Eiche, innen Mahagoni; Auszieh-tisch, 120/85, 50,- bis 200,- Mark. Besicht. Mo. bis Fr. ab 15 Uhr. Rascher, 8046, Kameradenweg 11

**Verk. Schranknähmasch.** „Veritas-Automatic“ 500,-. Zuschr. A 827 784 DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

**Verk. Steilwandzelt**, 4 Pers., mit

**Raumlüfterh.**, 1 000/2 000 W 220,- M, 9029 Dresden, W.-Raabe-Str. 10, Erdg. r.

**„Anett“**, u. 20 Cass. 800,- M, Zuschr. an A 827 052 DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

**2 Federkern-Matratzen**, 100/200 gut erh., je 60,- M. Zuschrift. unter P 793 274 DEWAG, 806 Dresden, Postfach 1 000

**Verk. Farbfernseher „Rubin“**, ein wandfr. Zust. 1 500,- M, Zuschr. an P 827 055 DEWAG, 806 Dresden, Postfach 1 000

**Verk. ungebr. Einbauwanne (Guß)** f. 250,-. Zuschr. A 408 601 an die DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

**Verk. Jolana-Gitarre** mit neuer Schallelektronik f. 450,-. M. Näther, 8027 Dresden, Nürnberger Straße 30a

**Radio-, Fernseh Tisch** mit drehbar. Pl., exot. Holz furn. „Bubinta“, braun, 120,-. Hengst, 8044 Dresden, Burgenlandsstraße 5a

**1 Diam.-Sportrad**, neuw., 200,- M. Zuschr. unter P 125 632 an die DEWAG, 806 Dresden, Postf. 1 000

**Verk. Orgel farfisa** für 12 000,- M. Teilzahlg. mögl. Zuschr. unter DA 534 459 DEWAG, 806 Dresden, Postfach 1000

**Fernseher „Staffort“**, 59er Bildr., schw./w., I. u. II. Progr., gut erh., 600,- M. Ruf 5 46 31, Scheinpflug

**H.-Nappalederjacke**, Imp., Gr. 48, schwarz, für 750,- M. Zuschr. an P 126 163 DEWAG, 806 Dresden, Postfach 1000

**Verk. Büfett**, Anrichte, rd. Tisch, Nußb. pol., alles sehr gut erh., f. 400,-. Damme, 8019, Löscherstr. 33

**Doppelstockbett**, kpl., Eiche, neuw., 180,-. Zuschr. A 827 522 DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

**Imp.-Kofferradio**, M, L, UKW, Military Look, 270,- M. Zuschr. A 407 481 DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

**Verk. Quarzuhr** mit LED-Anzeige u. 5 Funkt. für 550,-. Zuschr. an „SZ“ 980 840 Radebeul, H.-Ilgen-Straße 28

**Tonbandgerät 2404 S** (Stereo), neuw., Imp., für 1950,- zu verk. Chr. Klandt, 8021 Dr., Marienberger Straße 30

**Konstruktionsunterlagen** für Campinganhänger (Aufbaul. 3.85 m), einschl. Profile f. Fahrgestell. für 600,- zu verk. Zuschr. an 813 384 DEWAG-Ann. 8312 Heidenau, Bahnhofskiosk

**Verk. Zweifamilienhaus** mit 630 cm

**Biete 2-Raum-AV** 1. Etg., Ofen-/Ga Lage. Suche 3-Bad in 808 od. 1 an DP 534 240 D den, Postfach 100

**Biete schöne 2-Ra** Bad, IWC. Such Whg. Zuschr. DEWAG, 806 Dr

**Biete 801 Dresden** 16 qm), Küch Fhgz., Ww. Su Whg. od. 1-Fan DA 534 281 DEW Postfach 1000

**Biete in 808 2-R-2** (20, 12, Ofenhzg Loggia ohne v größer. Zuschr. DEWAG, 806 Dr

**Biete in Zscher** AWG, 1. Etg., Loggia, Kü. und Suche 3-R.-Whg Komf., Garage Zuschr. GP 139 Dresden, Postf

**Biete 2-R.-Whg. n** Hausg., in ruh. Lage. Suche 2.1 mit Bad und IW Zuschr. GP 139 Dresden, Postf

**Biete 2-R.-Wohnu** Dresden, Zentra Abstellraum in 12. Etg. Suche 3 gleichem Komf P 355 042 DEW Postfach 1000

**Biete 2 1/2-Zimm**

**Biete sonnige 2** 20, 20, 10 qm, K Bad, 12 qm, 2 Gartennutzg., Ho bez. Süd. Such Whg. m. Bad, b Mitte. Zuschr. P 806 Dresden, P

**Biete 2 1/2-Raum-** Garage am Hau 1-R.-Whg., Fhgz gr. 3-Raum-Wh 3 84 03, ab 19 Uhi

**Biete 3-Zimm**

**Biete 3-Raum-Wo** heizung, Warmv 1 1/2-R.-Whg. un mit gleichem I





> Zwischen 1953 und 1989 hatte die Bezirksverwaltung Dresden ihren Hauptsitz in der Bautzner Straße. Vor 1990 BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10225, Bl. 8, Bild 1

beide Seiten ihren Nutzen.«<sup>25</sup> Über Annoncen in der Sächsischen Zeitung sollte die Zusage des MfS erfolgen. Die Gruppe gab dafür sogar den genauen Wortlaut der Annoncen vor. Die Staatssicherheit ließ sich auf diese Forderung ein und gab in der Sächsischen Zeitung Anzeigen auf mit einer Telefonnummer, unter der die Gruppe sie hätte erreichen können.

### *Der Empfänger dieser Drohbriefe ist das Ministerium für Staatssicherheit – Bezirksverwaltung Dresden.*

Parallel dazu liefen in der Bezirksverwaltung die Ermittlungen auf Hochtouren. Die Stasi eröffnete einen operativen Vorgang gegen »unbekannt« – Straftatbestand: »Androhung von Terrorakten«. Sie richtete unter der angegebenen Telefonnummer eine Fangschaltung ein. Auf diesem Weg hoffte sie, den oder die Täter ausfindig zu machen. »Leopard« meldete sich aber nicht. Sie fahndete außerdem nach den Schreibmaschinen, mit denen die Drohbriefe geschrieben worden waren. Die Stasi erhielt den letzten Drohbrief Anfang April 1978. Über drei Jahre hinweg führte sie weitere Vergleiche mit ca. 15 000 Schriftstücken durch.

Am 14. Juli 1981 stellte sie ihre Ermittlungen trotz des hohen Gefahrenpotenzials, das sie in dieser Strafsache sah, mit der nüchternen Erkenntnis ein, dass eine Klärung des Falles nur durch einen Zufall möglich wäre.<sup>26</sup> Die Erpresser hatten sich aller Klischees aus Kriminalromanen bedient. Die absurden Forderungen, die sie gestellt hatten, lassen vermuten, dass es sich nicht um ein ernsthaftes Vorhaben handelte, sondern schlicht um eine Provokation.

Die Gebäudekomplexe der Bezirksverwaltungen waren zum Teil wie Kleinstädte ausgestattet. Sie verfügten über Versorgungseinrichtungen wie Kaufhalle, Friseur, Sparkasse, Speisesaal und Sportplatz. Sogar für die Autos von Mitarbeitern wurde mit Garagen, Werkstatt, Tankstelle und Waschanlage gesorgt. Die Mitarbeiter sollten während der Dienstzeit das Gelände nicht verlassen müssen. Die Staatssicherheit wollte so ihre hauptamtlichen Mitarbeiter von potenziell negativen Einflüssen der Außenwelt fernhalten.<sup>27</sup> Zentrales Anliegen aber war die lückenlose Wahrung der Konspiration gegenüber der Bevölkerung und den »Feinden«.

Wo genau die Stasi saß, war zumeist bekannt. Was sich hinter den vergitterten Fenstern abspielte, blieb hingegen verborgen. Durch Wach- und Kontrollposten



> Von der Straße aus nicht zu sehen: Untersuchungshaftanstalt der Stasi auf dem Gelände der Bezirksverwaltung. 1994  
Foto: Ilona Rau

wurde jedes Betreten der Areale streng kontrolliert. Fotos und Videoaufnahmen der Gebäude waren tabu, ein Zutritt ohne Erlaubnis unmöglich. Im Hauptsitz der BV Dresden an der Bautzner Straße wurden zum Beispiel Personen, die das Gebäude fotografierten, kurzzeitig festgenommen und befragt. Oft behielt die Stasi den Film ein, obwohl laut Akten »kein Hinweisschild ›Fotografieren verboten‹ zu sehen war.«<sup>28</sup> Der Umgang mit Besuchern war genau geregelt. Handwerker führten ihre Reparaturarbeiten unter ständiger Aufsicht aus. Über jeden von ihnen legte die Stasi eine Karteikarte an. Auch über jeden Besuch von Bürgern fertigte der zuständige MfS-Mitarbeiter einen Aktenvermerk. Der Besucherraum lag so, dass er keinen Einblick in weitere Teile des Gebäudes erlaubte.

Die Gründe für ein »freiwilliges« Aufsuchen der Staatssicherheit waren vielfältig. Einige Besucher kamen, um über die Schwierigkeiten bei der Arbeits- oder Wohnungssuche zu klagen. Manche Bürger beschwerten sich, dass ihnen die Ausreise in die Bundesrepublik verwehrt blieb. Fast immer erklärten die Stasi-Mitarbeiter, dass das MfS für solche Klagen nicht zuständig sei. Wenn aber über den Besucher bereits eine Akte geführt wurde, wurde eine Information über die Beschwerde an die zuständige Dienstseinheit weitergegeben, die dann gegebenenfalls eine bereits laufende



> Haftzelle. Nach 1990  
Foto: Andrea Seppi

Überwachung verschärfte. Es gab aber auch solche Besucher, die Beschwerden über Kollegen oder Nachbarn zu Protokoll gaben, woraufhin die Stasi Überprüfungen einleitete. Am 4. April 1986 sprach beispielsweise ein Bürger in der BV Dresden vor. Er teilte der Staatssicherheit mit, dass sein Bruder einen Antrag auf Ausreise gestellt habe. Von diesem Vorhaben distanzierte er sich, da er Nachteile für sich und seine Familie befürchtete. Die Angst war nicht unbegründet: Die DDR verlassen zu wollen bedeutete aus Sicht der Stasi Verrat und oftmals übte das MfS Druck auf Familienmitglieder von Ausreiseantragstellern aus.<sup>29</sup>

Schließlich gab es auch sogenannte »Selbstbewerber«, die eine Mitarbeit beim MfS anstrebten. Sie meldeten sich bei der Bezirksverwaltung und gaben mitunter eine schriftliche Begründung für ihre Bewerbung ab. Die Auskunft lautete, dass »im Falle eines bestehenden Interesses Kontakt aufgenommen wird«. Wenn dies nicht geschehe, müsse der Bewerber sich als abgelehnt betrachten. Erfolgsaussichten hatten sie nicht, Selbstanbieter waren nicht erwünscht.

ECa



## Auf der Spur des Taxi-Agenten – Kalter Krieg in Kamenz



> Die vorbereitete Falle schnappt zu: Fahrzeug Nr. 21 der amerikanischen Militärverbindungsmission wird auf sowjetischem Militärgelände von Kamenz blockiert. 5.8.1983  
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VIII, Nr. 12990, Bl. 27 (o.)



> Sowjetische Offiziere und das MfS protokollieren den amerikanischen Regelverstoß. 5.8.1983  
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VIII, Nr. 12990, Bl. 32 (o.)

Die sowjetische Militärabwehr im Bereich Königsbrück in der Oberlausitz zeigte sich im November 1985 alarmiert. Bei der Überwachung der Straßen, die am Militärobjekt »Altes Lager« entlangführten, bemerkte sie einen Kraftfahrer, der sich auffällig verhielt: »Das Fahrzeug bewegte sich mit geringer Geschwindigkeit. Der Fahrer beobachtete den Park mit Kampftechnik.«<sup>30</sup> Der Alarmruf der sowjetischen Freunde erreichte die Staatssicherheit und der Kraftfahrer war schnell ermittelt: Gerhard Sonntag (Jg. 1946), Fuhrunternehmer und Familienvater.

Oberleutnant Günter Arnold (Jg. 1951) von der MfS-Kreisdienststelle Kamenz (S. 58) hatte bereits 1984 den Verdächtigen unter Beobachtung gestellt, denn damals glaubten die sowjetischen Abwehrspezialisten gesehen zu haben, wie aus dem Haus von Sonntag in den Nachtstunden der Truppenübungsplatz fotografiert wurde. Für den MfS-Offizier lag es auf der Hand, dass hier wahrscheinlich ein vom Westen bezahlter Agent Militärgeheimnisse ausspionierte. Für Arnold, der Gerhard Sonntag die Deckbezeichnung »Unternehmer« gab, galt es nun, den Agenten seiner Taten zu überführen. Zunächst sollten die Bewegungsabläufe von Sonntag festgestellt und Stützpunkte im »Alten Lager« der Sowjets geschaffen werden, um den Verdächtigen zu beobachten. Außerdem waren mobile Beobachtungsstützpunkte einzurichten. Sonntag sollte abgehört, seine Wohnung konspirativ durchsucht und seine Post kontrolliert werden. Der auf Sonntag ange setzte IM »Nelke« konnte nicht feststellen, dass dieser seine Filme selbst entwickelte und ergänzte in seinem Beobachtungsbericht, dass Sonntag »besonderes Interesse für Kraftfahrzeuge«<sup>31</sup> zeige. Für einen Fuhrunternehmer war das wenig verwunderlich, die nächtliche Fotoaktion aber blieb rätselhaft.

Eine »operative Kombination« schließlich sollte den Agenten in eine Falle locken. Gemeinsam mit den sowjetischen Freunden wurde an drei Tagen militärische »Scheintechnik« aufgebaut, um Taxifahrer Sonntag anzulocken. Dazu wies IM »Richter«, ebenfalls ein Taxifahrer, seinen Kollegen Sonntag beiläufig darauf hin, dass neue Technik in der sowjetischen Kaserne angekommen sei und diese offenbar gewartet werde.

### Bericht

Am 05.08.1986, Einsatz Königsbrück ( F 97 / 97a )

in der Zeit von 08.00 - 20.00 Uhr .

Lagefilm

Wetter: leicht bewölkt

Standort: F97 /97a

11.04 YK 29-89 B1000 Taxi Richtung " Neues Lager "

12,35 YK 29-89 B1000 Taxi Richtung Schwepnitz



12.48 YK 29-89 B1000 Taxi Richtung K ' brück

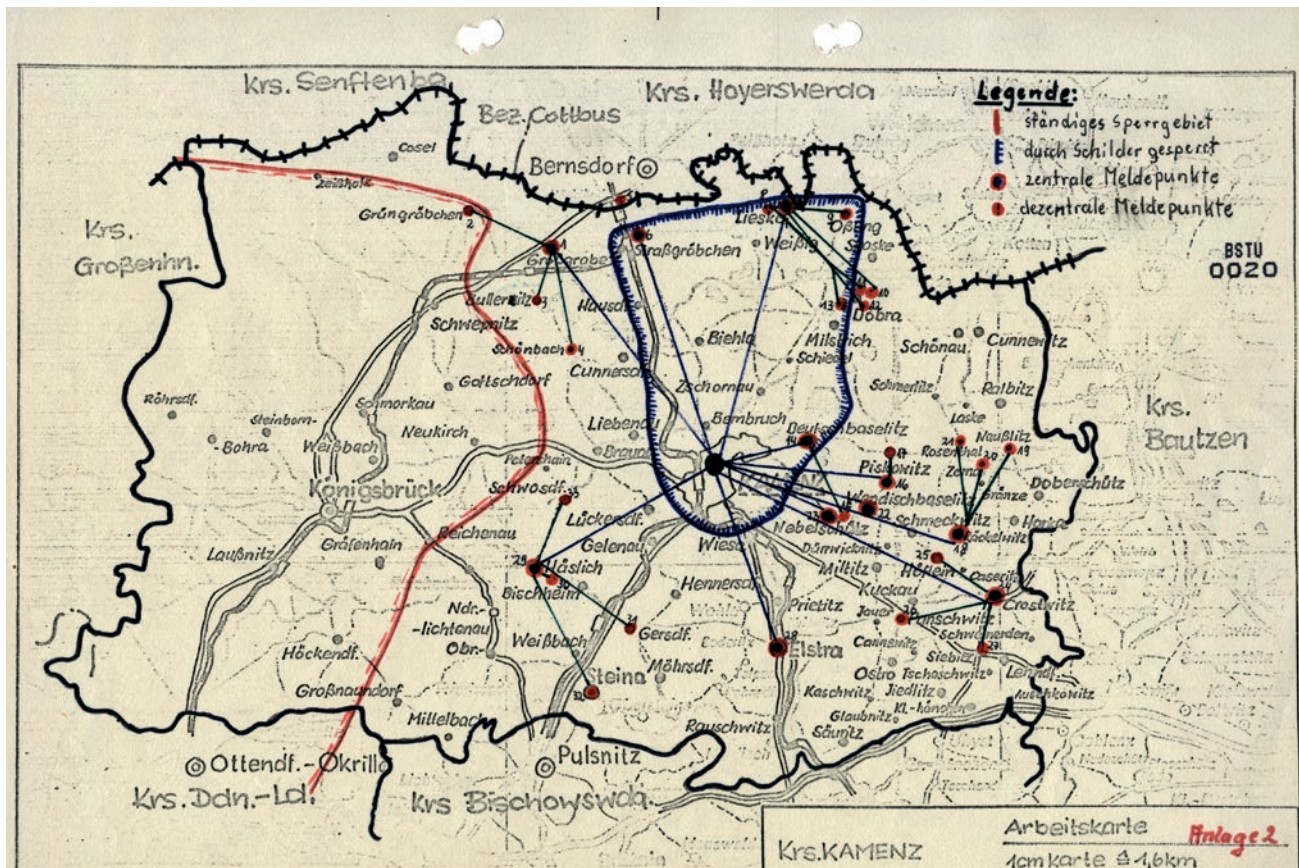


> Unter ständiger Beobachtung: Der vermeintliche Agent »Unternehmer« ist per Taxi unterwegs. 5.8.1986  
BStU, MfS, BV Dresden, AOPK 557/88, Bl. 79









> Übersichtskarte des Kreises Kamenitz mit Sperrgebieten. Um 1978  
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VIII, Nr. 11808, Bl. 20

Flächendeckend überzog das Ministerium für Staatssicherheit den Bezirk mit einem Netz von Kreisdienststellen, die der Bezirksverwaltung in Dresden unterstellt waren. Die Leiter der Kreisdienststellen wurden vom Minister direkt eingesetzt. Die Kreisdienststellen waren die territorial zuständigen Diensteinheiten. Größe und innere Organisation der Kreisdienststellen waren abhängig beispielsweise von der wirtschaftlichen Struktur oder von dem Umstand, ob es sich um einen Grenzkreis handelte. In der Regel gab es ein Referat für Auswertung und Information, gelegentlich Referate mit Zuständigkeiten für Spionageabwehr, Volkswirtschaft, Territorialsicherung und Sicherheitsüberprüfungen. Die Kreisdienststellen waren insbesondere für die Sicherheitsüberprüfung eines immer größeren Personenkreises zuständig, etwa für Bewohner im Grenzgebiet, Reisekader oder Leistungssportler. Dabei ging es um die Überprüfung einer loyalen Einstellung zur DDR. Rund 60 Prozent aller operativen Vorgänge wurden von den Kreisdienststellen bearbeitet. Die Aufgaben der Kreisdienststellen konnten nur mit einem engen Netz von inoffiziellen Mitarbeitern bewältigt werden: Nahezu die Hälfte aller IM wurde in den Kreisdienststellen geführt.

Eine dieser Kreisdienststellen lag in Kamenitz. Zwei Drittel des Kreisgebietes von Kamenitz hatte die DDR zum militärischen Sperrgebiet erklärt. Für die örtliche MfS-Kreisdienststelle mit ihren 43 Mitarbeitern unter Leitung von Oberstleutnant Horst Kubel (Jg. 1933) war es eine der wichtigsten Aufgaben, die Militäranlagen der Nationalen Volksarmee und die des sowjetischen Bündnispartners vor Agenten zu schützen. Insbesondere die Abwehr der Militärverbindungsmissionen (MVM) der Amerikaner, Briten und Franzosen war eine zentrale Herausforderung. Deren Offiziere fuhrten mit ihren Geländefahrzeugen, ausgewiesen mit Sonderkennzeichen, kreuz und quer durch die DDR und sammelten Informationen.

Rechtliche Grundlagen für die MVM war ein Abkommen über die Kontrollverfahren in Deutschland, das am 14. November 1944 von den UdSSR, den USA und Großbritannien in London unterzeichnet worden war. Frankreich wurde ab dem 1. Mai 1945 einbezogen. Offiziell waren die westlichen MVM beim sowjetischen Oberkommando akkreditiert und durften sich frei in der DDR bewegen, allerdings Sperrgebiete nicht betreten. Das MfS stellte Ende der 1980er-Jahre fest, dass die

Westalliierten aufgrund ihres hohen Personalbestandes von 63 Offizieren und Unterführern sowie ihrer 33 schnellen und geländegängigen Fahrzeuge täglich durchschnittlich 30 MVM-Aufklärer mit zehn bis zwölf Fahrzeugen in der DDR einsetzen.<sup>34</sup> Regelmäßig steuerten einige davon den Kreis Kamenitz an.<sup>35</sup> Die MVM, so die Genossen der Kreisdienststelle resignierend, stellten »im Gesamtsystem der gegnerischen Spionage eine der wenigen legalen Möglichkeiten der imperialistischen Geheimdienste, besonders der militärischen, zur Erlangung geheim zu haltender Nachrichten und Gegenstände dar.«<sup>36</sup> Das MVM-Thema war zugleich Treibmittel für eine ideologisch aufgeladene Deutung: Das eigentliche Ziel der MVM-Fahrten sei es, »das weitere Erstarken des Sozialismus zu hemmen.«<sup>37</sup>

**Militärspionage dient dazu,  
»die imperialistische Rüstungspolitik  
zu forcieren, Aggressionsakte  
und Aggressionskriege vorzubereiten  
und durchzuführen«  
(MfS-Definition)**

Intensiv wappneten sich die Genossen der KD Kamenitz und der Abteilung VIII (S. 60) der Bezirksverwaltung Dresden gegen die westalliierten Spähtrupps. Sie richteten im Kreis ein flächendeckendes und personalintensives Meldesystem für MVM-Fahrzeuge unter Einbeziehung von Betriebsangehörigen, Bürgern und öffentlich Bediensteten ein, schulten die Mitarbeiter der Volkspolizei und deren freiwillige Helfer und sammelten Hinweise von inoffiziellen Mitarbeitern. Doch der Handlungsspielraum der Stasi gegenüber den MVM blieb begrenzt. Die Angehörigen der Militärmissionen fuhrten oft nachts, teilweise mit überhöhten Geschwindigkeiten, übernachteten in ihren umfassend ausgestatteten Fahrzeugen an versteckten Orten im freien Gelände oder bewegten sich zu Fuß zu den Beobachtungsobjekten. Grundsätzlich war es der Stasi untersagt, Schusswaffen gegen Personen der MVM zu richten, provokant aufzutreten, körperliche Gewalt anzuwenden oder die MVM-Fahrzeuge zu durchsuchen. Hingegen galt eine Blockierung der MVM-Fahrzeuge innerhalb der Sperrgebiete als gerechtfertigt, unabhängig davon, was die MVM-Offiziere dort machten. Spio-

nagehandlungen sollte das MfS mit Fotos dokumentieren. Bei der erfolgreichen Blockade eines Fahrzeugs war im nächsten Schritt der örtliche Kommandant der sowjetischen Truppen einzuschalten, weil die MVM keine offiziellen Kontakte zu den DDR-Behörden unterhielten.

Ziel all dieser Anstrengungen war es, Beweise für die Verletzung des Sperrgebietes zu sammeln, um sie dem Oberkommandierenden der sowjetischen Truppen zu übergeben. Ihm wurde so die Möglichkeit eröffnet, »Maßnahmen einzuleiten, Protestnoten zu erlassen und eine Abberufung des MVM-Personals zu erwirken.«<sup>38</sup> Es ging also letztlich um Symbolpolitik zwischen den verfeindeten Militärblöcken. Die militärischen Katz-und-Maus-Spiele konnten trotz scheinbar fester Spielregeln dennoch mitunter dramatisch enden. In anderen Kreisen der DDR gab es im Laufe der Jahre unter den westalliierten MVM-Angehörigen Tote und Verletzte durch Schusswaffen und Blockaden.<sup>39</sup>

Anfang 1989 stellte die Presseabteilung des MfS fest: »Die Tätigkeit der drei westlichen Militärverbindungsmissionen (MVM) heute steht im vollen Gegensatz zu der von den Siegermächten der Antihitlerkoalition diesen Organen damals übertragenen Verbindungsfunktion. Ihre Tätigkeit offenbart schon lange einen Anachronismus, da die Voraussetzungen für ihre Existenz und die von ihnen ursprünglich zu lösenden Aufgaben praktisch längst nicht mehr bestehen.«<sup>40</sup> Im Kern stimmte das natürlich, zugleich wurde aber über die Einsätze der sowjetischen Militärverbindungsmission in West-Berlin und in der Bundesrepublik kein Wort verloren. Der Anachronismus des Kalten Krieges hingegen sollte noch im gleichen Jahr ein Ende haben – aus ganz anderen Gründen.

PBo/ IRo



## Augen und Ohren immer offen halten – das Spitzelnetz der Staatssicherheit

»Ich verpflichtete mich, über die mit mir geführten Gespräche mit dem Mitarbeiter des MfS strengstes Stillschweigen zu wahren.« Mit diesen Worten willigte Ende Oktober 1985 »Kersten« (Jg. 1943) in die inoffizielle Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit ein.<sup>41</sup> Die Mitarbeiter der Dresdner Kreisdienststelle (S. 58) hatten zuvor festgestellt, dass ihr inoffizielles Netz im Hauptpostamt unzureichend war. Wie in anderen Betrieben hatte die Staatssicherheit Interesse an einem gut funktionierenden IM-System, um sogenannte negative Elemente im Vorfeld zu überwachen. Dazu zählte sie beispielsweise Personen, die einen Antrag auf Ausreise gestellt hatten, um die DDR zu verlassen. Auch im Hauptpostamt Dresden gab es unter den Mitarbeitern Ausreiseantragsteller, die vom MfS überwacht wurden. Deshalb machte sich das MfS auf die Suche nach geeigneten inoffiziellen Kräften. IM-Kandidat »Kersten«, von Beruf Betriebselektriker, schien dafür geeignet: Er sei im Hauptpostamt allgemein bekannt, habe einen guten Ruf und verfüge über umfangreiche Kontakte, vor allem zu »negativen Personen und Antragstellern auf Übersiedlung«.<sup>42</sup>

Die Anwerbung von »Kersten« verlief sehr zügig. Am 2. Oktober 1985 nahm die Staatssicherheit zum ersten Mal mit ihm Kontakt auf. Am 12. Februar 1986 registrierte sie ihn als IM. Bereits beim ersten Gespräch zeigte sich, dass die Staatssicherheit mit ihrer Auswahl richtig lag. »Kersten« gab beim Gespräch an, er sei ein »absoluter« DDR-Bürger, der das MfS gerne unterstütze. Bereitwillig teilte er erste Informationen über Antragsteller mit und erbat von den MfS-Mitarbeitern konkrete Fragen, da er bereit sei, »über alles Auskunft zu geben«.<sup>43</sup> Trotz hoher Motivation verzeichnete das MfS dann aber Startschwierigkeiten in der Zusammenarbeit, weil »Kersten« ungern schriftliche Berichte verfasste. Das MfS ließ sich auf den Kompromiss ein, dass der IM einen Bericht pro Treffen übergab und die übrige Berichterstattung auf Tonband erfolgte. Im Laufe der Zeit stieg die Zahl seiner handschriftlichen Berichte.

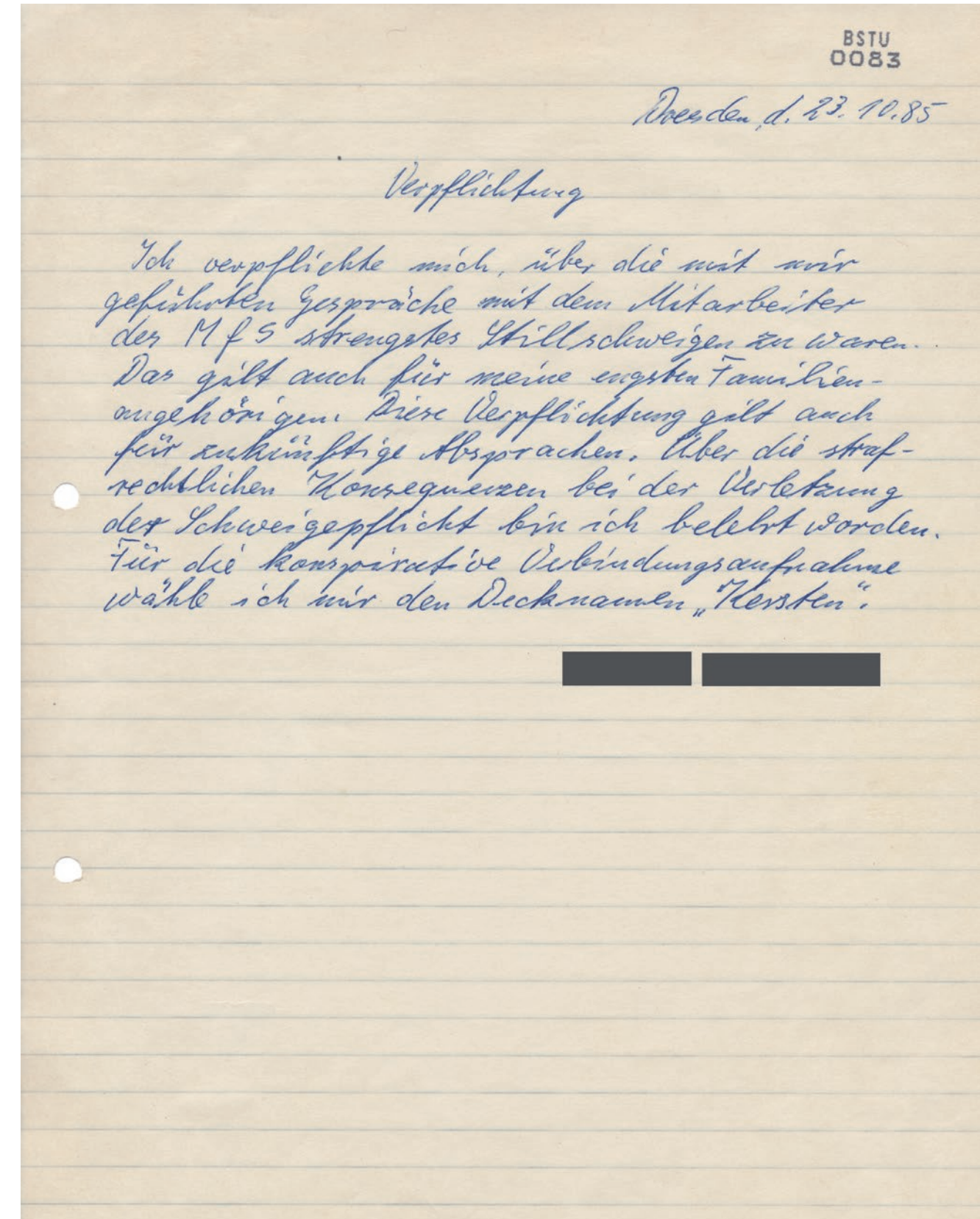
Ein- bis zweimal im Monat trafen sich IM und Führungsoffizier. Dabei wurde »Kersten« auf bestimmte

Personen, vorwiegend Ausreiseantragsteller aus dem Amt, angesetzt. Das MfS beauftragte ihn, ausgewählte Kontakte zu reaktivieren oder auszubauen. So lieferte »Kersten« Informationen über die Motive für eine Ausreise, über Vorbereitungen, die getroffen wurden und die psychische Verfassung der Unzufriedenen. So konnte die Staatssicherheit im Vorfeld feststellen, ob jemand vorhatte, seinen Unmut zum Ausdruck zu bringen. Auch über andere Kollegen und ihre Arbeitsleistungen fällte »Kersten« Urteile. Er übergab seinem Führungsoffizier teilweise Informationen aus der Privatsphäre seiner Gesprächspartner. Es gelang ihm jedoch nicht immer, die vom MfS geforderten Informationen zu beschaffen. So äußerte er zum Beispiel, dass er über einen Kollegen und sein privates Umfeld kaum etwas in Erfahrung bringen konnte, weil dieser sehr zurückgezogen leben würde und kontaktarm sei.<sup>44</sup>

»Kersten« erfüllte darüber hinaus die Funktion eines Stimmungs-Barometers, indem er über Reaktionen von Postmitarbeitern über bestimmte Ereignisse berichtete wie im Fall Frank Lippmann. Der Dynamo-Spieler hatte sich im März 1986 bei einem Fußballspiel gegen FC Bayer 05 Uerdingen in Nordrhein-Westfalen abgesetzt. Über seine Flucht wurde in der westdeutschen Presse umfassend berichtet, nicht zuletzt auch in mehreren Interviews der Bild-Zeitung.<sup>45</sup> Die DDR-Nachrichtenagentur, sonst sehr schweigsam bei Fluchten von Sportlern, startete eine Kampagne gegen Lippmann. Der Fall wurde unter den Postangestellten diskutiert und »Kersten« gab ein Küchengespräch aus dem Amt wieder: »Lippmann wird von allen als Verräter hingestellt. Die Mitarbeiter distanzieren sich von seiner Tat und bezeichnen ihn als »Schwein«.«<sup>46</sup>

Der IM meldete ebenso interne Vorfälle aus dem Amt wie beispielsweise Einbrüche, aber auch Sachverhalte, die er für unstimmg hielt. So berichtete er über einen SED-Sekretär, der nach einer Parteiversammlung eine Zustellerin fragte, ob seine Pakete angekommen seien. Weiter teilte der IM mit, dass der Funktionär laut Zustellerin zu ihren besten Kunden gehörte, da er einmal pro Woche größere Pakete aus der Bundesrepublik erhalten würde, was sich für einen guten Genossen nicht gehöre.<sup>47</sup>

Bis in den Herbst 1989 hinein arbeitete »Kersten« mit der Staatssicherheit zusammen. Er informierte über die Umbruchstimmung im Betrieb. Die Stasi beauf-



> Bereits beim ersten Gespräch erklärte sich »Kersten« bereit, mit der Staatssicherheit inoffiziell zusammenzuarbeiten. 23.10.1985 BStU, MfS, BV Dresden, AIM 8064/90, Teil I, Bl. 83



Zur Person [REDACTED] BSTU  
0009 5

[REDACTED] arbeitet unzuverlässig und geht mit unzuverlässigen Arbeitmitteln sowie den Brennstoffen der HPA unökonomisch um. Seine negative Einstellung zur Arbeit wird bestärkt durch Fehlschichten, unbegründete Arbeitsunfähigkeit, Arbeitsverweigerung sowie die negative Beeinflussung zur Arbeit anderer Koll. gegenüber. Alle anderen Koll. weigern sich mit [REDACTED] zusammenzuarbeiten. [REDACTED] Äußerungen in der Beurteilung anderer Koll. - insbesondere seines Vorgesetzten gehen bis zur beleidigenden Diskriminierung. Seine Einstellung zu unserem Staat ist negativ. Der Ausreiseartrag wurde von [REDACTED] lt. Aussage von Koll. [REDACTED] in der Woche vom 10. - 14. 2. zurückgezogen - als Folge von Bereitstellung neuen Wohnraums.

Dresden, 20. 2. 86 Kersten

Zur Person [REDACTED]; 29  
BSTU  
0044

Der [REDACTED] geht regelmäßig seiner Arbeit nach und wartet geduldig auf die Realisierung seines ÜE.

Er tritt nicht negativ in Erscheinung. In den Gesprächen mit mir äußerte er nie irgendwelche Aktivitäten zur Durchsetzung seines ÜE zu unternehmen.

26. 6. 86 Kersten

> »Kersten« berichtete über Kollegen, die einen Antrag auf Ausreise (im Dokument ÜE genannt) gestellt hatten. 1986  
BSTU, MfS, BV Dresden, AIM 8064/90, Teil II, Bl. 9 und 44



> Das Hauptpostamt 6 auf der Königsbrücker Straße in Dresden. 1965  
SLUB/Deutsche Fotothek

trage ihn, an den Demonstrationen teilzunehmen und Veranstaltungen des »Neuen Forums« zu besuchen. Bei einem der letzten Treffen am 27. Oktober 1989 beteuerte er erneut seine Treue: »Der IM brachte zum Ausdruck, dass er weiterhin zum MfS stehe, auch wenn er mit einigen Entwicklungen in der DDR nicht einverstanden ist und jetzt aus dem FDGB ausgetreten ist. Er ist weiterhin bereit, mit dem MfS inoffiziell zusammenzuarbeiten und auch Aufträge entgegenzunehmen.«<sup>48</sup> Das MfS schien es kaum zu bemerken: Der überzeugte DDR-Bürger und Stasi-Spitzel zeigte selbst Anzeichen von »politischer Aufweichung«.

#### Eine Routine der Anwerbung

Die Gewinnung von Personen zur inoffiziellen Tätigkeit war von der Staatssicherheit genau geregelt und verlief weitgehend formalisiert. Ausgehend von ihrem Informationsbedarf suchte sie geeignete »Kandidaten« aus und überprüfte diese mit Akribie auf ihre Charaktereigenschaften und Zuverlässigkeit, auf ihr privates und berufliches Umfeld. Nach mehrmaliger Kontaktaufnahme und der Bereitschaftserklärung des zukünftigen IM wurde die Zusammenarbeit mit einer schriftlichen Verpflichtungserklärung besiegelt. Die Zusammenar-

beit konnte aber auch mündlich und per Handschlag vereinbart werden. Bei der Verpflichtung wählte sich der inoffizielle Mitarbeiter selbst einen Decknamen, mit dem er von nun an seine Berichte unterschrieb. Das oberste Gebot war stets die »Wahrung der Konspiration«. Seine Tätigkeit für die Staatssicherheit musste der IM gegenüber Dritten konsequent geheim halten.

Die Zusammenarbeit verlief in der Regel so, dass sich der betreuende Offizier, der Führungsoffizier, mit dem IM in einer sogenannten konspirativen Wohnung regelmäßig traf. Bei der Zusammenkunft übergab der IM seine Berichte und erhielt neue Aufträge. Die Themen der Berichterstattung waren vielfältig: von der Weitergabe von Informationen und Einschätzungen über Betriebe und Einrichtungen bis hin zur schonungslosen Preisgabe privater Details über Kollegen, Freunde oder die eigene Familie.

#### Ein umfangreiches Repertoire an Aufgaben

Das Spektrum an Aufträgen, die die Staatssicherheit den IM erteilte, war umfangreich. Es gab das traditionelle Aufgabenfeld des Bespitzelns, die Stasi warb aber auch inoffizielle Mitarbeiter für andere Aufgaben an: Zum einen ging es um die Übernahme logisti-



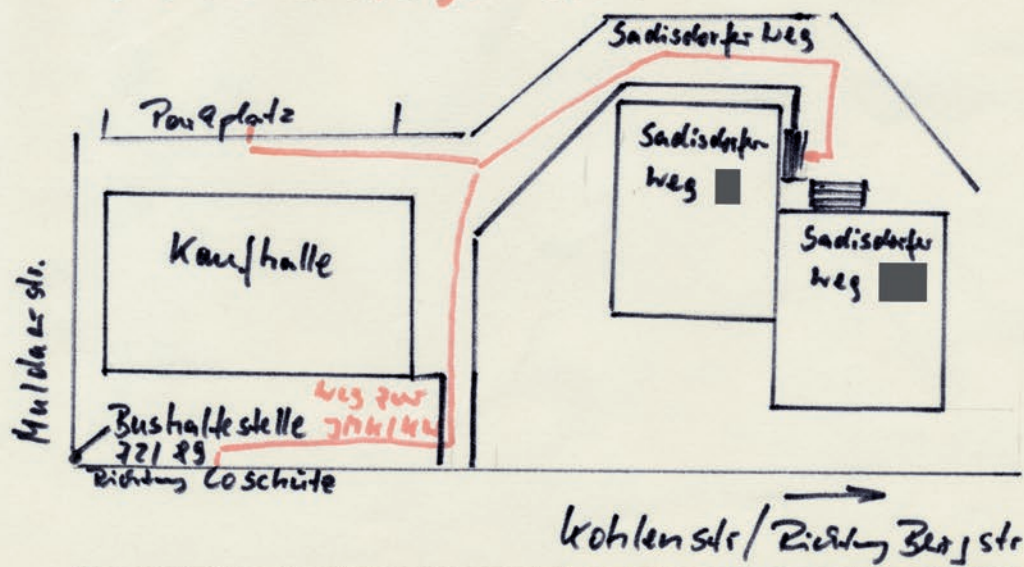
BSTU  
0019

Lageskizze der IMK/KW  
8027 Dresden, Sadisdorfer Weg ■



Lage des IMK/KW Objektes  
Erreichbar mit öffentl.  
Verkehrsmittel:  
Buslinie 72 und 89 bis  
Haltestelle Muldaer Str.

Ausschnitt/Lageskizze



> In der Nähe der Dresdner Technischen Uni stellte ein Ehepaar unter dem Decknamen »Fichte« dem MfS ein Zimmer der Wohnung als konspirativen Treffpunkt für inoffizielle Mitarbeiter und ihre Führungsoffiziere zur Verfügung. 1988  
BSTU, MfS, BV Dresden, AIM 2274/91, BL 19

60

KD Dresden - Stadt

Dresden, den 15.08.82

BSTU  
000071

Abschlußeinschätzung

IM - VL [redacted] Reg.-Nr. [redacted]

Der IM- VL wurde für die Suche, Auswahl und Gewinnung eines IM zur Erweiterung der inoffiziellen Basis im VEB Verkehrs- und Tiefbaukombinat Dresden, Kombinatleitung / Direktorat Technik angelegt. Im Zusammenhang mit der Kontaktierung des IM- VL wurde sichtbar, daß der IM- VL zwar rein technische Probleme bereitwillig erläutert, sobald es jedoch um Personen geht, weicht der IM- VL bewußt aus. Der IM- VL äußerte u.a., daß er "... niemanden in die Pfanne hauen will". Deutlicher wurde der IM- VL beim nachfolgenden Treff. Hier äußerte er, daß es ihm unangenehm sei, mit einem Mitarbeiter des Organs zu sprechen und er auch nicht auf die Dauer mit dem Organ zu tun haben wolle, da er persönliche Nachteile befürchte. Was der IM- VL dabei konkret ins Auge gefaßt hat, wurde von ihm nicht erläutert. Auf geradezu provokatorische Weise unterstrich der IM- VL seine Haltung zum Organ in dem von ihm gelieferten Bericht, den er wie ein offizielles Arbeitspapier des Betriebes abfaßte und ein Literaturverzeichnis von 1 1/2 Seiten anfügte. Ganz nach der Devise, wenn ihr (MfS) was wissen wollt, dann lest selber nach!  
Der IM- VL hat trotz der Aufforderung über das Zusammentreffen mit Mitarbeitern des Organs stillschweigen zu wahren, Dritte davon in Kenntnis gesetzt. Nach seinen eigenen Angaben habe er nur den Kombinatdirektor des VTK Dresden, [redacted] informiert.  
Der IM- VL wurde nur unter Legende angesprochen und über den tatsächlichen Anlaß der Kontaktaufnahme bis zuletzt im unklaren gelassen. Die genutzte Legende schien auf den IM- VL glaubhaft zu wirken.  
Auf Grund der oben geschilderten Haltung des IM- VL wird eingeschätzt, daß er als IM ungeeignet ist. Deshalb wird vorgeschlagen, den IM- VL zur Ablage zu bringen.

Haase / Lt. n.

> In den IM-Akten dokumentierte die Stasi auch eigene Misserfolge. Einen Ingenieur aus dem VEB Verkehrs- und Tiefbaukombinat Dresden hielt sie für geeignet. Er hingegen lehnte eine inoffizielle Mitarbeit konsequent ab. 15.8.1982  
BSTU, MfS, BV Dresden, VL-AIM 2426/82, BL 71



schers Aufgaben. Personen, die der Staatssicherheit ein Zimmer ihrer Wohnung für Treffen mit anderen IM zur Verfügung stellten, wurden zunächst selbst als inoffizielle Mitarbeiter angeworben. In der Regel handelte es sich um politisch zuverlässige Personen, um »gute Genossen«, denen für das bereitgestellte Zimmer Mietzuschüsse gezahlt wurden. Sie verpflichteten sich, Stillschweigen über die Nutzung ihrer Räumlichkeiten zu wahren und lieferten eher selten eigene Berichte.<sup>49</sup>

Zum anderen waren die inoffiziellen Mitarbeiter auch für die Gewinnung fachlicher Informationen wichtig. Die Stasi erhielt durch sie Auskunft zu speziellen Fachthemen. Diese waren eine wertvolle Quelle, um die Lage zum Beispiel in Betrieben oder an Hochschulen beurteilen zu können. Die Staatssicherheit bediente sich auch inoffizieller Mitarbeiter, um andere IM anzuleiten und zu instruieren.<sup>50</sup> Schließlich wurden IM direkt »zur Bekämpfung des Feindes« eingesetzt. Eingeschleust in oppositionelle Gruppen waren sie beispielsweise beauftragt, diese Gruppen von innen zu zerstören.

#### Beweggründe für die Mitarbeit

Die Motive für eine inoffizielle Tätigkeit waren sehr unterschiedlich. Loyalität gegenüber dem Staat und die Überzeugung, das Richtige und Notwendige zu tun, spielten eine wesentliche Rolle. Dies war wohl die Hauptmotivation für »Kersten«. Er erhielt ein- bis zweimal jährlich eine Prämie von 100 bis 200 Mark. »Kersten« betonte jedoch, dass eine Vergütung nicht notwendig sei, da er das MfS aus Überzeugung unterstütze, nahm das Geld aber an.<sup>51</sup> Verbreitet war aber auch die Absicht, sich selbst persönliche oder finanzielle Vorteile zu verschaffen. Bei manchen Verpflichtungserklärungen waren Abenteuerlust und der Reiz des Agentenspiels ausschlaggebend.<sup>52</sup> Es gab auch Fälle, in denen IM durch die Staatssicherheit zur Mitarbeit erpresst wurden. Dieses Vorgehen wurde jedoch im Laufe der Jahre weniger praktiziert, da ein zur Mitarbeit gezwungener IM häufig nicht mit der gewünschten Effektivität und Zuverlässigkeit arbeitete. Schließlich spielte der Faktor Angst eine wesentliche Rolle. Viele fürchteten Nachteile für ihre persönliche Entwicklung oder die Familie und hatten Angst vor Repressalien, würden sie nicht einwilligen. Dass eine Ablehnung der Mitarbeit in aller Regel keine negativen Konsequenzen hatte, konnten sie nicht wissen.

#### (K)ein Ende in Sicht

Die Zusammenarbeit von MfS und IM konnte wenige Monate andauern oder sich über Jahrzehnte erstrecken. Die Beendigung der Mitarbeit hatte oft rein pragmatische Gründe: ein Umzug des IM, ein Berufswechsel oder auch eine Erkrankung. »Kersten« arbeitete bis zum Ende der DDR mit der Staatssicherheit zusammen. Auch eine zurückhaltende und aus der Sicht der Stasi ineffektive Berichterstattung konnte ein Grund für eine Beendigung der Zusammenarbeit sein.

### Die IM sind die »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«. (MfS-Dienstanweisung)

Es gab aber auch Fälle, bei denen der IM selbst die Zusammenarbeit abbrach oder sich dieser peu à peu entzog. Eine Offenbarung gegenüber Dritten über die geheime Tätigkeit war ein möglicher Weg, sich der Mitarbeit zu entziehen. Ein Spitzel, der sich »dekonspirierte« hatte, war für die Stasi sofort wertlos.

Die inoffiziellen Mitarbeiter waren unbestritten ein überaus wichtiges Instrument der Staatssicherheit zur Kontrolle aller gesellschaftlichen Bereiche sowie zur Überwachung und Unterdrückung kritischer Stimmen. Der Einsatz von »Kersten« zeigt das reibungslose und fruchtbare Wirken der IM für die Geheimpolizei. Es gab jedoch nicht den typischen IM, die Mitarbeit unterschied sich oft nicht nur in der Quantität der gelieferten Informationen, sondern auch in ihrer Qualität.

Eca

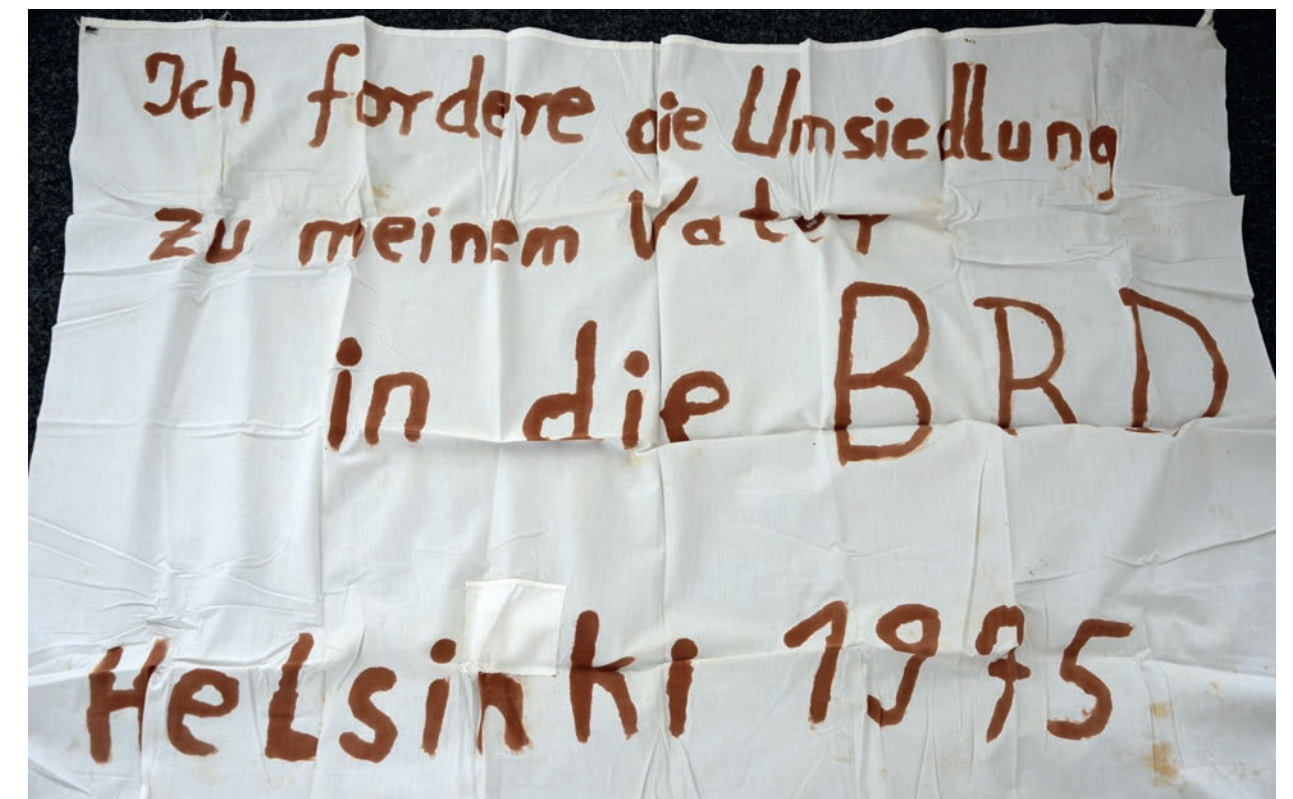
## »Ich fordere die Umsiedlung!« – die Stasi bekämpft Ausreiseartragsteller

Nach mehreren vergeblichen Anträgen auf Ausreise aus der DDR beschriftete Claus-Hermann Dahl (Jg. 1943) am 14. Juni 1981 ein Tischtuch mit den Worten »Ich fordere die Umsiedlung zu meinem Vater in die BRD – Helsinki 1975«. Am Morgen des Wahlsonntags befestigte er das Tuch von außen gut sichtbar am Fenster seiner Erdgeschosswohnung in der Siedlerstraße in Dresden. Nur zwei Stunden hing das Tuch dort, bis Dahl festgenommen wurde. Ein freiwilliger Helfer der Volkspolizei hatte Dahl gemeldet. Als Begründung für die Verhaftung führte die Stasi an: »Dahl ist dringend verdächtig, die staatliche Tätigkeit in einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise beeinträchtigt zu haben [...]«<sup>54</sup>

Schon 1978 war Claus-Hermann Dahl mit seinem ersten Ausreiseartrag in den Fokus der Staatssicherheit

gerückt. Diesen zog er 1979 mit Rücksicht auf seine Familie zurück. Nach der Rücknahme des Reiseartrags informierte er sich im Westfernsehen über Ausreisemöglichkeiten und kritisierte offen die DDR. 1980 trat er aus dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) aus.

Den zweiten Ausreiseartrag stellte er im Oktober 1980. Im Folgemonat wurde dieser vom Rat des Stadtbezirkes Dresden-Ost, Abteilung Innere Angelegenheiten, zurückgewiesen. Dahl gab sich damit nicht zufrieden. Er schrieb wiederholt an staatliche Organe der DDR und staatliche Einrichtungen der Bundesrepublik, so auch an den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, den Bundesminister für innerdeutsche Angelegenheiten, Egon Franke, an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in der DDR und an den Generalsekretär der UNO (Organisation der Vereinten Nationen), Kurt Waldheim. Rund 30 Briefe verschickte er in dieser Zeit. Dahl trat immer fordernder auf. Sein Ziel war die Übersiedlung in die Bundes-



> Die Losung hing zwei Stunden am Fenster von Dahls Wohnung und war Anlass für seine Verhaftung am 14. Juni 1981. BStU, MfS, BV Dresden, AU 2576/81; Foto: Herold/BStU





> Stasi-Häftling Claus-Hermann Dahl. 1981  
BStU, MfS, BV Dresden, AU 2576/81, Ermittlungsverfahren, Bd. 1, Bl. 62

republik Deutschland. Nach dem Tod seiner Mutter hielt Dahl nichts mehr in der DDR. Er suchte die Hilfe seines Vaters in der Bundesrepublik. Mit dessen Unterstützung wollte er westdeutsche Behörden und Medien kontaktieren – das aber war nach den Gesetzen der DDR strafbar und auch der Stasi bekannt. Diese hatte nämlich bereits im Rahmen der Postkontrolle Briefe von Dahl unter anderem an den Bundesminister für innerdeutsche Angelegenheiten abgefangen.

Am 15. September 1981 verurteilte ihn das Bezirksgericht Dresden wegen »versuchter landesverräterischer Agententätigkeit« und wegen »Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit« zu zwei Jahren und vier Monaten Haft.<sup>55</sup> Dahl konnte das Verfahren und die rechtsförmerige Verurteilung nicht nachvollziehen. Er widersprach vehement: »Ich sehe das alles ganz anders. Ich kann das nicht als Verbrechen ansehen. Ich habe keine ordentliche Antwort auf meine Ausreisearträge erhalten und wandte mich deshalb an meinen Vater in der BRD.«<sup>56</sup>

Am 19. August 1982 wurde Dahl aus DDR-Haft im Wege des Freikaufs direkt in die Bundesrepublik entlassen. Der Freikauf bedeutete zugleich, dass er nicht wieder in die DDR einreisen konnte. Besuche bei seinen zurückgelassenen Familienangehörigen oder gar eine Rückkehr in die DDR wurde unmöglich.

Heute blickt Dahl auf die Ereignisse zurück: »Ursprünglich wollte ich nur meinen Vater im Westen besuchen. Aber das wurde mir von den Behörden verweigert. Diese Möglichkeit bestehe für mich nicht, wurde mir erklärt. Was mich heute erstaunt, dass sich in den

Stasi-Unterlagen dazu nichts findet. Dafür haben die Stasi-Offiziere das originale Tafeltuch mit meiner Losung archiviert sowie unzählige Vernehmungsprotokolle und dann noch meine Briefe in die Bundesrepublik.«<sup>57</sup>

Mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975 durch die DDR erwarteten viele Menschen verbesserte Ausreiseperspektiven, aber auch Reisemöglichkeiten. So berichtete der Leiter der Kreisdienststelle Bischofswerda (S. 58), Major Lehmann (Jg. 1929), in einem Telegramm an die Bezirksverwaltung Dresden vom 5. August 1975 über Diskussionen von Mitarbeitern im VEB Fortschrittswerk Bischofswerda und Bürgern der Stadt Großröhrsdorf, dass es mehr Reisemöglichkeiten in die Bundesrepublik geben werde. Antragsteller auf Ausreise aus der DDR beriefen sich nun geradezu massenhaft auf die von der DDR eingegangenen internationalen Verpflichtungen.<sup>58</sup>

Die SED erkannte zwar in Helsinki das Recht auf Ausreise an, doch parallel dazu schuf sich das Ministerium für Staatssicherheit zusätzliche Instrumente, um Ausreiseartragsteller von ihren Zielen abzubringen oder ihrer habhaft zu werden. Verstärkt wurden »operative« Maßnahmen eingeleitet, um Flucht- und Ausreise zu kontrollieren und zu verhindern: Die Stasi gründete die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) mit ihren Ablegern auf Bezirksebene – den Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) (S. 60) – zur gezielten Unterbindung von Flucht und Ausreise. Mit dem Befehl 6/77 wurden

000004

MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
Ministerium für Staatssicherheit

Dresden, den 14.6. 1981

## Verfügung

Gemäß § 98 der Strafprozeßordnung wird gegen den/die

Name DAHL

Vorname Claus-Hermann

geboren am 23.12.1949 in Hemmingstedt/BRD

Beruf Betriebsschlosser zuletzt Lagerist

Wohnanschrift 8046 Dresden, Siedlerstraße 23



aus den unten angeführten Gründen die Einleitung/Erweiterung eines/des\*) Ermittlungsverfahrens angeordnet.

**Gründe:**

DAHL ist dringend verdächtig, die staatliche Tätigkeit in einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise beeinträchtigt zu haben, indem er am 14.06.1981 aus einem Fenster seiner Wohnung für die Öffentlichkeit sichtbar ein Tafeltuch in den Maßen 0,90 m x 1,20 m mit dem Text "Ich fordere die Übersiedlung zu meinem Vater in die BRD Helsinki 1975", hing.

.....

strafbar gemäß § 214 Abs. 1 StGB

  
  
 Leiter des Untersuchungsorgans

\*) Nichtzutreffendes streichen

> Verfügung zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens. 14.6.1981  
BStU, MfS, BV Dresden, AU 2576/81, Strafsache, Bd. 1, Bl. 4





> Immer mehr Antragsteller machten ihre Forderung nach Ausreise öffentlich: mit Aufklebern am Auto, hier sogar mit Transparenten. Vor 1989  
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 1839, Bild 1

die Ziele der ZKG konkretisiert. Die Aufgabe der neuen Abteilung war »die Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen im Zusammenhang mit rechtswidrigen Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen.«<sup>59</sup>

Die ZKG entwickelte auch Argumentationshinweise für hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter der Stasi, mit deren Hilfe die Antragsteller von ihrem Anliegen abgebracht und »Demonstrativhandlungen« unterbunden werden sollten. In der Argumentationshilfe stellte die ZKG klar heraus, dass dem Bürger die rechtlichen Dimensionen aufgezeigt werden müssen. In Gesprächen mit Ausreisewilligen sollte darauf verwiesen werden, dass »jeder Versuch, durch die betreffenden Bürger oder im Zusammenwirken mit Einrichtungen, Organisationen und Personen des Auslandes in den verschiedensten Formen Druck auszuüben, unrechtmäßig [ist] und [...] zu strafrechtlichen Konsequenzen [führt]«.<sup>60</sup>

In allen Bezirksverwaltungen wurden Statistiken über Anträge auf ständige Ausreise angelegt. Zwischen 1972

und 1986 stellten im Bezirk Dresden 35 300 Menschen Anträge auf Ausreise, so viele wie in keinem anderen DDR-Bezirk.<sup>61</sup> Jedes Jahr trugen mehr Menschen ihren Wunsch auf ständige Ausreise gegenüber den Behörden vor.

### Ein Recht zur Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin ist nicht vorgesehen. (MfS-Befehl)<sup>62</sup>

Die Verurteilung von Claus-Hermann Dahl war kein Einzelfall. Ausreiseantragsteller, die sich mit ihrem Anliegen an öffentliche Einrichtungen der Bundesrepublik wandten, konnten wegen »landesverräterischer Agententätigkeit«, »landesverräterischer Nachrichtenübermittlung« oder »ungesetzlicher Verbindungsaufnahme« angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt werden.

CHe

## »Im Interesse und zum Schutz der Bürger«? – die Postkontrolle der Stasi

Mit kaum einer Kontroll- und Überwachungsmaßnahme kam die Stasi den Meinungen und Gedanken der Menschen und dem DDR-Alltag so nah wie mit der flächendeckenden Überwachung des Briefverkehrs. Die Postkontrolle zielte auf die »Erarbeitung und Zusammenführung von operativ-bedeutsamen Informationen über Einstellung, Verhaltensweisen, Handlungen und Verbindungen von Personen und Sachverhalten, die von Bedeutung für die politisch-operative Arbeit des MfS sind bzw. sein können.«<sup>63</sup> Jene Post, die DDR-Bürger aus dem Ausland erreichte, war eine ebenso »ergiebige Informationsquelle« für die Tschekisten wie die Briefe der DDR-Bürger selbst. Und schließlich ging es der Stasi auch darum, Agenten und Spione zu enttarnen.

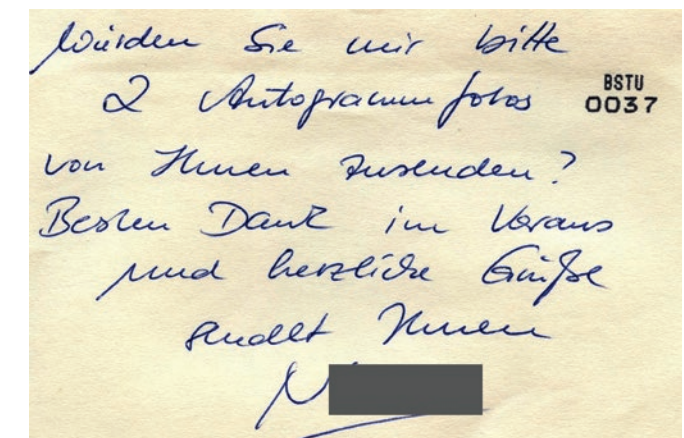
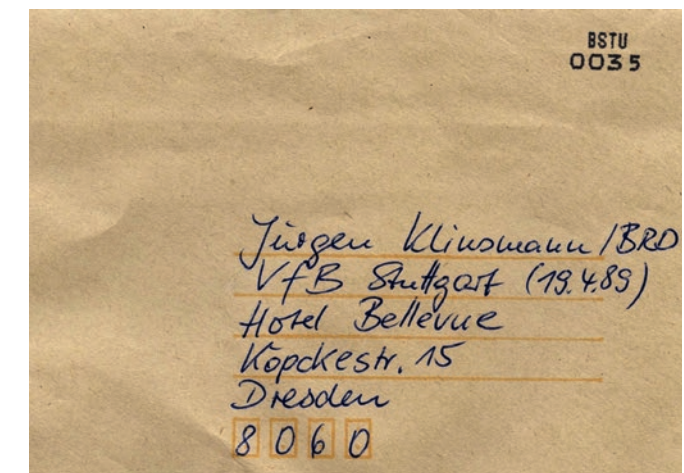
Zwar ahnten die Menschen in der DDR, dass die Stasi umfassend in den Postverkehr eingriff, doch viele glaubten, sie könnten die Kontrollen trickreich umgehen: Sie schrieben falsche Absender auf ihre Briefumschläge, nutzten Adressen von Angehörigen, legten Blaupapier oder Alufolie gegen das Durchleuchten in die Briefe, verklebten die Kuverts mit Klebestreifen oder Siegellack oder warfen die Briefe in wohnortferne Briefkästen ein. Andere nummerierten ihre Briefe, um so ein »Verschwinden« von Postsendungen nachzuvollziehen. Genau jene markierten und damit auffälligen Briefe waren es allerdings, die die besondere Aufmerksamkeit der Stasi auf sich zogen.

Was wurde aus diesen kontrollierten Briefen? Ein Teil davon behielt die Stasi ein, andere lichtete sie ab, verschloss sie wieder und leitete sie im normalen Postverkehr weiter.

Als ein Ehepaar aus der Judenbergstraße in Meißen aus dem Ungarn-Urlaub an Verwandte im Westen schreibt, bekommt das MfS den Brief durch das »ungarische Bruderorgan« zur Kenntnis. Die Meißener Eheleute schreiben, sie dürften keine Kontakte in den Westen, ins »Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet« (NSW), unterhalten: »Darum mussten wir warten, bis wir in Ungarn sind. Da wir [...] weiter mit euch in Verbindung bleiben wollen, werden wir über die Schwiegereltern

schreiben. Die Adresse lautet: [...] Dresden.« Die Stasi stellt nach dem Erhalt des Briefes fest: »Der [Name] ist Spitzengeheimnisträger und NSW-Reisekader; die [Name] unterhalten intensive, über Deckadresse laufende Verbindungen in das NSA [Nichtsozialistische Ausland], womit sie bewusst ihre Abgrenzungserklärungen unterlaufen und damit dem Gegner Ansatzmöglichkeiten bieten.«<sup>64</sup> Umgehend wird eine Fahndung zur Dresdner Deckadresse, der Adresse der Schwiegereltern, ausgelöst: Die Postkontrolle der Stasi, die Abteilung M (S. 60), durchsucht fortan die Post nach dieser Adresse, um die Briefe zu kontrollieren.

Die »wichtigste Kampfaufgabe für die Abteilung M [besteht] darin, mit kurzen Bearbeitungsfristen Feinde



> Abgefangen von der Postkontrolle: Autogrammwunsch einer Dresdnerin an den Fußballer Jürgen Klinsmann. Anfragen von DDR-Bürgern an Musiker, Schauspieler, Sportler oder Politiker erreichten häufig nicht den Empfänger. 1989  
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 463, Bl. 35, 37





> Legiert als »Außenstelle A« (»Stelle 12«): Die Dresdner Postkontrolle der Stasi befand sich im Leitbriefverteilamt 810, Bayrische Straße 8 (Postamt 24). Nach 1982 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XIX, Nr. 20486, Teil 1, Bl. 25, Bild 3

im Postverkehr aufzuspüren«, legte die Stasi intern fest.<sup>65</sup> Täglich gingen Tausende Postsendungen durch die Hände der Stasikontrollen. Sie wählten Briefe, Päckchen und Pakete mit bestimmten Adressen oder besonderen Merkmalen für eine intensive Kontrolle aus. Die herausgefilterte Post wurde in unterschiedlicher Intensität »bearbeitet« – von der bloßen äußeren Überprüfung über die inhaltliche Analyse, die Adress- und Absenderüberprüfung und Schriftenauswertung bis zur Speichelanalyse an Kuverts und Briefmarken unter anderem zur Blutgruppenfeststellung.

Die Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Dresden waren eifrige Briefeschreiber. Was blieb ihnen auch anderes übrig? Private Telefone waren die Ausnahme. Telefonverbindungen in den Westen wurden oft erst nach stundenlanger Wartezeit freigeschaltet und waren dann zeitlich limitiert. Briefe, Karten und Pakete waren daher wichtige Kommunikationsmittel. Für die Kontrolle und Bearbeitung der Postsendungen war ausschließlich die Abteilung M der Stasi zuständig. Mitarbeitern anderer Stasi-Dienststellen war es ausdrücklich untersagt, unter Umgehung der Abteilung M Postkontrollen einzuleiten oder durchzuführen. In jeder MfS-Bezirksverwaltung gab es eine Abteilung M, nicht jedoch in den Kreisdienststellen der Stasi.

Das MfS kontrollierte die Post direkt an den Knotenpunkten des Postein- und -abgangs: in den Hauptpostämtern, Briefverteilzentren, Bahnpostämtern oder bei den Postzollämtern. In den zentralen Gebäuden der Deutschen Post waren diese Räume des MfS als »(Dienst-)Stelle 12« legiert. Die Paketkontrolle in

den Räumen des Zolls legierte die Stasi als »Postzollfahndung«. Von dort aus wurden ausgewählte Postsendungen in die Bezirksverwaltung gebracht und weiter untersucht. Bei vielen Briefen führte die Stasi einen Schriftenvergleich durch »mit der Zielstellung, unterschiedliche Absender gleicher Schrifturheberschaft« festzustellen.<sup>66</sup>

Die Postkontrolle im Bezirk Dresden verfügte 1985 über 142 Mitarbeiter. Hinzu kamen der Leiter der Abteilung, Oberstleutnant Günter Richter (Jg. 1936), seine beiden Stellvertreter, die Majore Heinz Lehmann (Jg. 1931) und Peter Kandler (Jg. 1948), sowie ein Beauftragter des Leiters. Für die Mitarbeiter der Abteilung M, die in Bereichen der Postämter, Bahnpostämter oder beim Zoll der DDR tätig waren, wurden zur Legierung entsprechende Dienstaussweise entweder der Deutschen Post oder der Zollverwaltung ausgestellt. So wurde aus dem Stasi-Mitarbeiter Gerd per Dienstaussweis der Zollmitarbeiter mit dem Dienstgrad Obersekretär der Zollverwaltung der DDR.

Telegramme, Briefe sowie Päckchen und Pakete im Auslandsverkehr wurden mit unterschiedlicher Intensität überprüft und ausgewertet. Ab den 1970er-Jahren kam die systematische Kontrolle des Postverkehrs innerhalb der DDR hinzu. Die Mitarbeiter der Abteilung M prüften die Post nach festgelegten äußeren und inneren Merkmalen, führten Briefe einer inhaltlichen Auswertung zu, suchten nach Geheimschriften und unter Briefmarken oder auf Ansichtskarten nach Mikraten, mikroskopisch verkleinerten Nachrichten. Briefe mit »feindlich-negativen« Briefmarken, etwa mit Motiven der Menschenrechtsorganisation »Amnesty International« oder des Reichstagsgebäudes in West-Berlin, wurden von der Weiterbeförderung ausgeschlossen.

#### »Kampfaufgaben mit guten Ergebnissen ...« – Der Umfang der Postkontrolle

Im Oktober 1978 analysierte die Dresdner Staatssicherheit den Umfang der kontrollierten Postsendungen: Von Januar bis September 1978 wurden mehr als 800 000 Briefsendungen nicht nur nach äußeren Merkmalen untersucht, sondern auch inhaltlich ausgewertet. Dies war eine Steigerung von mehr als 50 000 gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt sammelte die

Abteilung M mehr als 25 000 Hinweise, die an verschiedene Dienststellen weitergeleitet wurden. Die Hälfte der Hinweise bezog sich auf sogenannte Rückverbindungen ausgereister DDR-Bürger zu Freunden und Verwandten, auf Ausreiseträger, Treffvereinbarungen mit westlichen Angehörigen in Ost-Berlin oder im sozialistischen Ausland und auf den allgemeinen Besucher- und Reiseverkehr.<sup>67</sup>

Anfang 1989 bewerteten die Dresdner Postkontrollen sowohl den Umfang als auch die Qualität ihrer Arbeit: »Die Ergebnisse zeigen, dass die Kampfaufgaben gute Ergebnisse brachten.«<sup>68</sup> Auf der Suche nach Geheimschriften wurden im Januar und Februar mehr als 1 600 Briefsendungen analysiert, fast 150 davon bedurften einer »Spezialöffnung«, mehr als 200 der »Spezial-

schließung«. Fast 250 Sendungen wurden bei der Untersuchung so beschädigt, dass sie regelrecht restauriert werden mussten.

Im gleichen Zeitraum nahm die Stasi in Dresden für fast 13 000 Postsendungen eine Prüfung der Identität und der Personalangaben in den MfS-Speichern von Absender und Empfänger vor. Die Post von Ost-Berlin nach Dresden wurde gesondert untersucht, weil westliche Tagesbesucher ihre Post einfach im Ostteil Berlins eingeworfen haben konnten, sodass diese nicht als »Westpost« erkennbar war. Zum Jahresbeginn 1989 wurden 683 000 Sendungen aus der Hauptstadt in den Bezirk Dresden kontrolliert. »Das Kampfziel, insgesamt täglich 130 Materialien herauszuarbeiten und einer nachrichtendienstlichen Wertung zu unterziehen,

A/E:			
Name	[REDACTED]	Name	[REDACTED]
Geb.-Name	[REDACTED]	Vorname	[REDACTED]
Vorname	[REDACTED]	PLZ/Ort	3510 Hann-Munden
PKZ	1100334	Straße	Am Enkenbusch
Geburtsort	[REDACTED]	Land	[REDACTED]
Staatsangehörigkeit	[REDACTED]	Poststempel	27.11.87, 18.3.87, 14.4.87
PLZ/Ort	8057 Dresden		
Straße	Keppgrund		
erlernter Beruf			
Tätigkeit	610/1	27P MA-Nr. 63E	Dat.: 18.6.81/P/214
Arbeitsstelle	248	MA-Nr. 6	Dat.: 14.8.87/5:
		MA-Nr.	Dat.: E.:
F 10		Ehep./Kinder	
Abgabe	[REDACTED]		
M 10			

> Karteikarte der Postkontrolle der BV Dresden mit Absender- und Empfängeradresse. Die M-Kartei umfasste 1989 rund 246 000 Karten. Oftmals waren Kopien von Anträgen auf Personalausweise beigelegt, die der Stasi eine erste Schriftenanalyse ermöglichten. BStU, MfS, BV Dresden, M-Kartei





> Arbeitsplatz mit Fahndungstafeln zur Postkontrolle: Die Sortierung erfolgte nach Namen. In Dresden konnten bis zu 1 000 Fahndungsaufträge in die Tafeln »gesteckt« werden. Vor 1989  
BStU, MfS, Abt. M, Fo, Nr. 29, Bild 1



> 1986 entwickelte das MfS ein halbautomatisches Gerät zum Verschließen geöffneter Postsendungen. »Die »HSM 86« wird unseren Anforderungen gerecht«, befanden die sächsischen Postkontrolleure. 1987  
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. M, Nr. 4, Bl. 20

konnte realisiert werden.«<sup>69</sup> Damit wird der enorme Aufwand im Verhältnis zum relativ geringen Ertrag sichtbar.

Der Inhalt einiger Briefkästen im Dresdner Stadtgebiet wurde gesondert untersucht: Aus den »Schwerpunktkästen des Hauptbahnhofes und des Neustädter Bahnhofs« wurden »36 000 BRD-Abgangsbriefe« entnommen. Die Überlegungen der Stasi: Reisende könnten Briefe beim Zwischenstopp an den Bahnhöfen einwerfen. Jene Bürger, die die Post nicht wohnortnah in den »Heimatbriefkästen« einwerfen wollten, nutzten meist diese zentralen Kästen.

1985 wertete die Stasi Gespräche mit den Dresdner Genossen der Abteilung M aus und gelangte zu dem Ergebnis: In der Abteilung M »ist das Bestreben vorhanden, den gesamten Postein- und -ausgang zu befahren, was teilweise zu einer Überbelastung [...] führt«.<sup>70</sup> War es dem Ministerium für Staatssicherheit bis 1989 tatsächlich gelungen, den gesamten Postverkehr vollständig unter Kontrolle zu bringen? Diese Frage stellt sich umso mehr, als das Volumen des Brief- und Paketverkehrs erheblich war. Der »Gesamtjahresverkehr« der DDR betrug 1985 rund 1,5 Milliarden Briefe und 82,8 Millionen Päckchen und Pakete im nationalen und internationalen Verkehr, wobei 96 % der internationalen Post im »Verkehr mit der BRD und Berlin (West)« abgewickelt wurden.<sup>71</sup> Die Postkontrolleure der Dresdner Stasi vermeldeten für die ersten zwei Monate des Jahres 1989: »Befandenes Aufkommen, Kurzbriefe BRD/WB, Nato-Staaten und Österreich, 1 071 319 Sendungen, Kartensendungen BRD/WB 372 760.«<sup>72</sup> Bei der hohen Zahl von Postsendungen war es für das MfS unmöglich, eine vollständige Überwachung des Postverkehrs zu organisieren – zumindest, was das tatsächliche Lesen und Auswerten der Postsendungen anbelangte. Deshalb erfolgte aus allen Postsendungen eine kriterienorientierte Auswahl. Dafür mussten von der Deutschen Post alle Postsendungen »vorgeführt« werden. Lediglich bei Telegrammen erreichte die Postkontrolle eine vollständige Auswertung.

#### Entnahme von Geld und Wertsachen

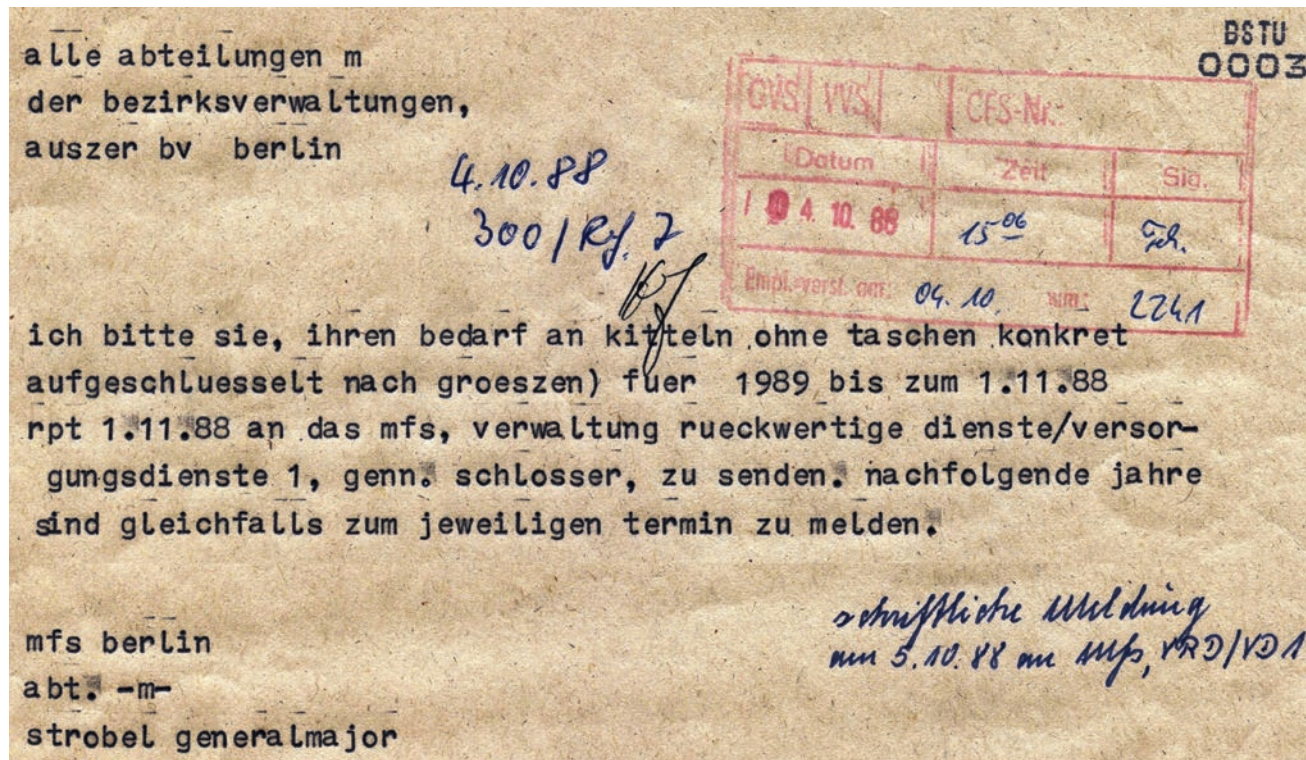
Nicht genug, dass die Stasi-Mitarbeiter die Post lasen – das MfS entschied letztlich darüber, ob ein Brief oder ein Paket weitergeleitet wurde oder »verloren ging«.

Die Mitarbeiter der Abteilung M entnahmen den Postsendungen Bargeld, Wertsachen und Briefmarken. 1984 bis 1989 wurden im gesamten Gebiet der DDR 33 Millionen DM aus Briefen entwendet. Weitere 10 Millionen DDR-Mark nahm das MfS durch die Aneignung von Paketen und den Verkauf des Inhalts ein.<sup>73</sup> In einem Vermerk des MfS heißt es unverblümt: »Mit der Einbehaltung von Geldbriefsendungen und fehlgeleiteten Kleingutsendungen wird ein Beitrag der Abteilung M zur Stärkung der DDR geleistet. [...] Die Einbehaltung von fehlgeleiteten Paketsendungen und Briefsendungen mit Zahlungsmitteln muss streng geheim bleiben.«<sup>74</sup> Oberstleutnant Richter behielt sich vor, in den Außenobjekten seiner Postkontrolleure auch an Wochenenden selbst Kontrollen durchzuführen. »Die Mitarbeiter der Abteilung M waren sich der regelmäßigen Kontrollen bewusst. Allein im Februar 1989 fanden 182 interne Kontrollen statt – von der Taschenkontrolle bis hin zu vom MfS selbst versandten Briefen mit Geld, die die Mitarbeiter finden sollten [und] deren Inhalt abzugeben war.«<sup>75</sup>

Im Juli 1986 beschwert sich Johannes aus der Clara-Zetkin-Straße in Weinböhlä bei der Deutschen Post darüber, dass seine Briefe verspätet eingehen und Öffnungsspuren aufweisen würden. Es sei deutlich zu erkennen, dass die Briefe »geöffnet waren und dann relativ licherlich wieder verklebt wurden. Damit ist das laut Verfassung im Artikel 31 garantierte Postgeheimnis verletzt worden, wogegen ich mich hiermit nachdrücklich verwahren möchte.«<sup>76</sup> Die Reaktion auf solche Vorhaltungen überließ die Stasi anderen: »Eine entsprechende Beantwortung mit der Zurückweisung derartiger Verdächtigungen der Öffnung von Sendungen und Entschuldigungen eingetretener Laufzeitverzögerungen erfolgte [...] durch die Deutsche Post«, schreibt die Stasi.<sup>77</sup> Oberstleutnant Richter räumt intern allerdings ein, dass die »unsaubere operativ-technische Bearbeitung, Öffnung und Schließung angefallenen Materials durch fehlerhafte Bearbeitung« seiner Mitarbeiter entstanden sei.<sup>78</sup> Um die »operative Bearbeitung der Person sowie Geheimhaltung [der] spezifischen Mittel und Methoden« nicht zu gefährden, werden die Briefe von Johannes – vorerst – nicht mehr kontrolliert.<sup>79</sup>

Auch andere Empfänger von Briefen, so Wilhelm aus Radebeul, bemerken die Postkontrolle und schreiben





> Arbeitskittel ohne Taschen: Die eigenen Mitarbeiter sollten sich bei der Entnahme von Geld- und Wertgegenständen nicht selbst bereichern können.  
Oktober 1988  
BStU, MfS, BV Halle, Abt M, Nr. 28, Bl. 3

darüber in ihrem nächsten Brief. Diesen liest die Stasi wiederum mit: »Aus dem Inhalt der Sendung geht hervor, dass der Schreiber des Briefes mögliche Öffnungsspuren analysiert und den Aussagen nach bereits Anzeige bei der VP gemacht hat.« Oberstleutnant Richter von der Abteilung M schlägt daher im Interesse der Einhaltung der Konspiration vor, »dass in einem [...] begrenzten Zeitraum die anfallenden Sendungen nur von außen dokumentiert werden.«<sup>80</sup> Als ein Dresdner aus der Altenberger Straße bei der Post einen Nachforschungsantrag stellt, gelangt dieser Antrag auch zur Stasi. Die Deutsche Post der DDR weiß nicht, wo seine Briefe abgeblieben sind. Die Stasi weiß es: »Der Genannte ist Antragsteller. Aus diesem Grunde erfolgte die Einbehaltung der Sendungen. Um Einleitung der erforderlichen Verfahrensfragen wird gebeten.«<sup>81</sup>

Am 22. November 1989 informiert Generalmajor Horst Böhm (1937–1990), Leiter der Bezirksverwaltung Dresden, alle Kreisdienststellen und Diensteinheiten darüber, wie sie zu argumentieren haben, wenn Bürger das Thema Postkontrolle ansprechen. Die rhetorische Frage in dem Argumentationspapier, das nur bei Dekonspiration von Maßnahmen angewandt werden soll: »Verträgt sich Rechtssicherheit mit der Kontrolle von

Postsendungen?« Die schlichte Antwort der zu diesem Zeitpunkt bereits zum Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umfirmierten Stasi: »Ja. [...] im Interesse und

### Artikel 31 der DDR-Verfassung gewährleistet das Postgeheimnis.

zum Schutz der Bürger, sollte das auch weiterhin gewährleistet [...] sein.«<sup>82</sup> Schließlich, so heißt es weiter in dem Argumentationspapier, habe die Stasi ja durch die Postkontrolle »Terroranschläge mittels Bombenbriefen, [den] Handel mit Drogen auf dem Postweg sowie die Einfuhr von Waffen [...] verhindert.«<sup>83</sup> Belege dafür finden sich allerdings nicht.

RSi

## Staatsaffäre Opernpremiere – die Wiedereröffnung der Semperoper unter Stasi-Kontrolle

Am 13. Februar 1985 genoss die Stadt Dresden eine internationale Aufmerksamkeit wie kaum seit der Gründung der DDR. 200 Journalisten aus der Bundesrepublik und Westeuropa sowie 180 Journalisten aus der DDR waren angereist, um über die feierliche Wiedereröffnung der Semperoper zu berichten.<sup>84</sup> Die SED hatte nicht ohne Grund dieses Datum für das Ereignis festgelegt. Genau 40 Jahre zuvor hatten die westlichen Alliierten durch Luftangriffe die Stadt Dresden und die Semperoper zerstört. Auch die Entscheidung für den »Freischütz« als Eröffnungsvorstellung traf die SED bewusst: Carl Maria von Webers Oper war das letzte Stück, das vor Schließung des Opernhauses im August 1944 aufgeführt worden war.

Die Semperoper hatte damit eine wichtige Bedeutung in der ideologischen Legitimation der SED-Herrschaft.

Als Glanzstück der »sozialistischen Kunstpflege« sollte sie ihren Beitrag zum internationalen Ansehen der DDR leisten.<sup>85</sup> 265 Millionen DDR-Mark hatte der Staat in den Wiederaufbau investiert.<sup>86</sup> Dass es sich beim 13. Februar um einen besonderen Tag handelte, war für alle Dresdner augenfällig: »Das Warenangebot in der Dresdner Innenstadt sowie die Ausgestaltung der Schaufenster sei so gut wie noch nie gewesen«, so ein Stimmungsbericht der Staatssicherheit.<sup>87</sup>

Die Staatspartei forderte einen reibungslosen Ablauf der Eröffnung – die Staatssicherheit hatte diese Forderung umzusetzen. Die Aktion »Semperoper« bedeutete für das MfS einen Großeinsatz, in den beinahe alle Abteilungen der Bezirksverwaltung einbezogen wurden. Die Überwachung erstreckte sich über mehrere Bereiche. Zum einen ging es darum, die obersten Funktionäre der SED wie Erich Honecker und Willi Stoph und die politische Prominenz aus der Bundesrepublik wie Helmut Schmidt und Ernst Albrecht zu schützen. Schon Wochen im Voraus plante zum



> Zur Wiedereröffnung der Semperoper fand am Nachmittag eine Kundgebung auf dem Theaterplatz statt. 13.2.1985  
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 7005, Bild 41





> Erich Honecker wird bei seiner Ankunft an der Semperoper von Horst Böhm, BV-Leiter und Hans Modrow, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung in Empfang genommen. 13.2.1985  
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 7005, Bild 28



> Politische Prominenz aus der Bundesrepublik: Altbundeskanzler Helmut Schmidt und Ehefrau Loni bei der Wiedereröffnung. 13.2.1985  
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 7005, Bild 51

Beispiel die Staatssicherheit die Protokollstrecke bis ins kleinste Detail. Sie ging sogar von einer Terrorgefahr aus.<sup>88</sup>

### »Neuer Auftrag und Verhaltenslinie – Reibungslose Eröffnung der Oper durchsetzen«

Am meisten befürchteten Staat und Staatssicherheit einen Eklat während der großen Kundgebung nachmittags auf dem Theaterplatz oder bei der Eröffnungsveranstaltung in den frühen Abendstunden. Protestierende Bürger hätten dem positiven Image der DDR schaden können. Aus diesem Grund nahm die Staatssicherheit potenzielle »Unsicherheitsfaktoren« unter die Lupe. Sie überprüfte Antragsteller auf Ausreise, Mitglieder von Friedens- und Umweltgruppen und generell diejenigen, die für ihre regimekritische Haltung bekannt waren. Über 700 Personen wurden im Vorfeld zu einem sogenannten Vorbeugungsgespräch vorgeladen. Dabei handelte die Staatssicherheit nicht allein, sondern Hand in Hand mit der Volkspolizei und dem Rat der Stadt.<sup>89</sup> Es galt, diesen Personenkreis von den Feierlichkeiten fernzuhalten. Bei der Deutschen Reichsbahn wurden zum Beispiel Antragsteller auf Ausreise für Sonderschichten eingeplant, um ihre Teilnahme an der Eröffnung zu verhindern.<sup>90</sup> Auch die Korrespondenten aus der Bundesrepublik hielt die Staatssicherheit unter Kontrolle, um schon vor Veröffentlichung der Artikel zu erfahren, was diese Journalisten über die Eröffnung geschrieben hatten. Dafür hörte sie auch Telefongespräche in den Hotelzimmern ab.<sup>91</sup>

Am Tag nach der Eröffnung zeigte sich Horst Böhm (1937–1990), Leiter der BV Dresden, in einem Dankeschreiben zufrieden mit seinen Dienstseinheiten – die Eröffnung war ohne »Vorkommnisse« verlaufen. Dabei hatte die Staatssicherheit mit der Volkspolizei und den öffentlichen Stellen intensiv zusammengearbeitet.<sup>92</sup> Auch vor Ort in der Semperoper war sie sehr gut vernetzt. Der Sicherheitsverantwortliche des Opernhauses arbeitete parallel als Offizier im besonderen Einsatz (OibE). Weiter ist die Rede von einem »engen kameradschaftlichen Zusammenwirken« mit der staatlichen Leitung der Oper: Die Staatssicherheit verfügte über offizielle und inoffizielle Kontakte.<sup>93</sup>



> Inszenierung der Macht: die politische Prominenz auf dem Balkon. 13.2.1985  
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 7005, Bild 9

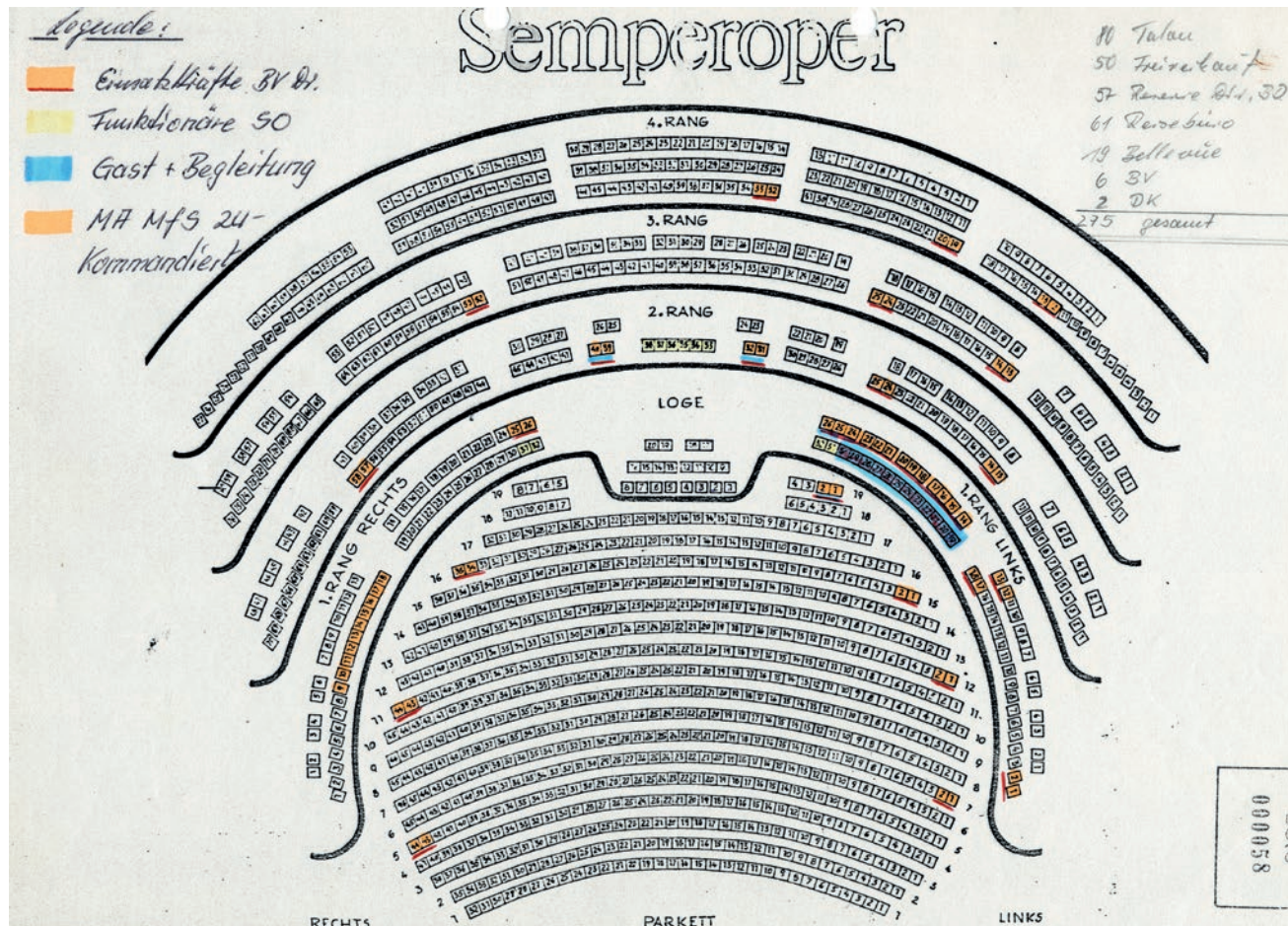
An der Semperoper besaß die Staatssicherheit zweifellos wichtige Quellen vor allem mit ihrem Intendanten Gerd Schönfelder alias IM »Hans Mai« (1936–2000). Der Staatssicherheit war er zum Zeitpunkt seiner Anwerbung am 3. Februar 1983 kein Unbekannter. Der promovierte Musikwissenschaftler arbeitete seit 1972 an der Hochschule für Musik, deren Rektor er 1980 wurde. Seitdem bestand zwischen MfS und »Hans Mai« offizieller Kontakt. Die Staatssicherheit schätzte ihn als »aufgeschlossen, ehrlich, konsequent, einsatzbereit und zuverlässig«.<sup>94</sup> Sie hatte außerordentliches Interesse an seiner Nominierung als Intendant. Lange war nicht klar, ob diese erfolgen würde – SED-Bezirksleitung und das Ministerium für Kultur waren sich uneinig. Im November 1984 bat ein Offizier der Staatssicherheit »Hans Mai« ausdrücklich, die Berufung als Intendant anzunehmen, worauf er erwiderte: »[...] wenn wir – gemeint war das MfS – daran interessiert sind, gibt es für ihn kein Zögern und er wird seine Entscheidung so treffen, wie wir es von ihm als Kommunisten erwarten.«<sup>95</sup>

Am 4. Dezember 1984 wurde »Hans Mai« zum Intendanten berufen. Damit hatte die Staatssicherheit eine

wichtige Stütze, auf die sie jederzeit – auch schon im Vorfeld der Eröffnung der Semperoper zurückgreifen konnte. Der IM informierte regelmäßig über den Stand der Vorbereitungen. Er berichtete über technische Schwierigkeiten und Probleme in der Organisation. Dabei benannte er auch Verantwortliche und bemängelte den Arbeitsstil mancher Kollegen. »Hans Mai« leistete außerdem logistische Unterstützung für das MfS. In der Nacht vor der Eröffnung organisierte die Stasi eine militärische Absicherung der Oper. Der IM sollte dafür sorgen, dass sich zu diesem Zeitpunkt kein künstlerisches Personal im Haus befand.<sup>96</sup>

So reibungslos »Hans Mai« mit der Staatssicherheit zusammenarbeitete, so konfliktträchtig waren seine Kontakte mit der Partei, vor allem zur Bezirksleitung der SED, die direkt gegenüber der Oper ihren Hauptsitz hatte. Einem Journalisten der »Zeit« gegenüber soll er geäußert haben: »Das ist unser Parteihaus. Der Weg ist zwar kurz, aber belastend. Die wollen immer mitregieren, und da sie so nah sind, spüre ich sie immer zuerst. Die haben schon mehrmals versucht, an mich heranzukommen, aber ich habe ordentlich um mich gebissen und mir somit die Leute vom Halse geschafft.«<sup>97</sup> Wohl-





> Zur »Absicherung« der Wiedereröffnung saßen Mitarbeiter der Staatssicherheit an strategischen Plätzen im Publikum. 1985  
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 9471, Bl. 58

wissend, dass die SED am längeren Hebel saß, versuchte die Staatssicherheit den IM zu mäßigen und wies ihn öfter darauf hin, dass er unter keinen Umständen einen Bruch im »Vertrauensverhältnis« zur Bezirksleitung verschulden dürfe.

Bis zum Ende der DDR arbeitete der IM mit der Staatssicherheit zusammen. Er berichtete über Künstler und Mitarbeiter der Oper und beurteilte ihre Leistungen. Er bemängelte zum Beispiel bei einem Kollegen der Staatskapelle die Leistungsfähigkeit und fügte hinzu: »In politisch-ideologischer Hinsicht ist er kein Gewinn für Kapelle und Oper, er ist und bleibt bürgerlich eingestellt und ist bestrebt, die Semperoper als Sprungbrett für sich selbst zu nutzen.«<sup>98</sup> Der IM übergab auch regelmäßig interne Dokumente wie Konzeptionen zur Gestaltung der Spielpläne und zur künstlerischen Ausrichtung des Hauses. »Hans Mai« besaß umfangreiche Kontakte zu Kultureinrichtungen aus der Bundesrepublik und dem Ausland wie zur schwedischen Akademie. Auch in diesem Rahmen berichtete er über seine dienstlichen Reisen. Ein »kleines Licht« war »Hans Mai« definitiv

nicht. BV-Leiter Böhm schaltete sich regelmäßig ein. Bei erfolgreich ausgeführten Aufträgen lobte er die Arbeit des IM. Zum Konflikt mit der SED warnte er: »mit [Hans Mai] auswerten – So gräbt er sein Grab!«<sup>99</sup>

Insgesamt gelang es der Staatssicherheit, ein ganzes Netz an inoffiziellen Mitarbeitern in der Semperoper aufzubauen. Mehrere Informanten, wie beispielsweise »Hans Mai«, befanden sich in Leitungspositionen. Auch unter Künstlern und im technischen Bereich rekrutierte die Staatssicherheit Mitarbeiter. Nicht in der Quantität – es gab insgesamt über 1 000 Beschäftigte an der Oper – sondern durch seine Qualität zeichnete sich das IM-Netz aus und bewährte sich auch beim Parteauftrag der Sicherstellung »einer glanzvollen und ungestörten Wiedereröffnung des Dresdner Opernhauses durch das MfS.«

ECa

## »Sportverräter« Kotte – die Stasi und der DDR-Fußball

Der Ball flog hoch in den Strafraum, wurde mit der Brust vom Stürmer gestoppt, dann zog er volley ab. »Tooooooor! Kotte, Kotte!«, tönte es aus Tausenden Kehlen. Für diese Tore verehrten sie ihn, ihren Publikumsliebbling und Torjäger Peter Kotte (Jg. 1954). Und er liebte seinen Verein Dynamo Dresden und die Fans. Doch auch diese Liebe und zahlreiche Tore in 21 Länder-, 166 Oberliga- und 36 Europapokalspielen sollten Kotte nicht vor dem eisernen Zugriff der Stasi retten. Was war passiert?

Zwei Dynamo-Fans gelang im April 1980 die Flucht über die innerdeutsche Grenze. Es lief die übliche Maschinerie des MfS zur Kontrolle der »Rückverbindungen« an, um weitere »Republikfluchten« zu verhindern, Fluchtwege und -gründe zu erkennen und Helfer dingfest zu machen. Dafür wurde abgehört, observiert und gespitzelt. Für Letzteres galt es, inoffizielle Mitarbeiter im Umfeld anzuwerben. Einer davon sollte noch eine besondere Rolle spielen. Ein Manager des 1. FC Köln machte über die beiden geflüchteten Dynamo-Fans den drei Spielern von Dynamo Dresden Peter Kotte, Matthias Müller und Gerd Weber anlässlich eines UEFA-Cup-Spieles am 22. Oktober 1980 in Enschede/Niederlande ein Angebot. »Den drei Fußballspielern wurde ein Einsatz beim 1. FC Köln mit Jahresvertrag von jeweils 200 000 DM/DBB plus Spielprämie sowie die sofortige Übergabe von 50 000 DM/DBB pro Person angeboten. Sie wurden aufgefordert, in einem beim Hotel wartenden PKW »Mercedes« zu steigen. Nach dem Passieren der BRD-Grenze sollten sie pro Person weitere 50 000 DM/DBB erhalten«<sup>100</sup>, ermittelte das MfS später. Die drei konnten und wollten sich zu einem solchen Schritt nicht sofort entschließen. Sie vereinbarten Zeit zum Überlegen und weitere Treffs bei künftigen Auslandsspielen. Dazu kam es jedoch nicht, da keine Möglichkeiten für weitere ungestörte Treffs bestanden. Deshalb kontaktierten die republikflüchtigen Dynamo-Fans über einen Mittelsmann einen Bürger der DDR. Dieser sollte an weiteren Maßnahmen zur Abwerbung von Weber, Müller und Kotte gegen Bezahlung eines hohen Geldbetrages mitwirken und warb dafür seinerseits zwei weitere DDR-Bürger. Der Kontakt zu Müller, Kotte und Weber wurde durch die drei DDR-Bürger hergestellt und die Angebote des



> Peter Kotte im Trikot der SG Dynamo Dresden, für die er von 1973 bis 1980 in der DDR-Oberliga spielte. Vor 1990  
BStU, MfS, BV Dresden, AOPK 1864/82, Bl. 313

1. FC Köln erneuert. Während Müller und Kotte sich entschlossen, das Angebot abzulehnen, führte Weber weitere Gespräche. Er stimmte zu, während eines Auslandsspiels im April 1981 in Italien die Mannschaft zu verlassen. IM »Klaus Ihle« (Jg. 1954), angeworben um Rückverbindungen der Dynamo-Fans zu bespitzeln, meldete jedoch eine bevorstehende Republikflucht bereits für eine anstehende 22-tägige Trainings- und Wettkampfreise der DDR-Nationalmannschaft nach Argentinien. Am 24. Januar 1981 klickten auf dem Flughafen Schönefeld die Handschellen und statt nach Argentinien ging es für Weber in die MfS-Untersuchungshaftanstalt Bautzner Straße in Dresden. Das MfS vermerkte dazu, dass die drei Fußballer »am 24.01.1981 als Mitglieder der Fußballnationalmannschaft der DDR am Abflug nach Argentinien gehindert und aus der Mannschaft herausgelöst«<sup>101</sup> wurden. Es folgten Verhöre, Erniedrigungen und Schikanen, die ihr weiteres Leben verändern sollten.



Weber wurde am 4. Mai 1981 vom Bezirksgericht Dresden wegen landesverräterischer Agententätigkeit und versuchter Republikflucht zu 27 Monaten Haft verurteilt. Am 22. Dezember 1981 wurde er nach Verbüßung eines Teils der Strafe auf Bewährung aus dem Strafvollzug entlassen.

Im Gegensatz zu Weber konnte das MfS Kotte und Müller Landesverrat und versuchte Republikflucht nicht nachweisen, hatten sie doch die Angebote abgelehnt. Gegen beide wurden durch ihren Dienstherrn, den Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BdVP), Disziplinarverfahren eingeleitet und in der Folge Kotte und Müller aus der Deutschen Volkspolizei entlassen. Außerdem erhielt Kotte fünf Tage Arrest und durfte keinen Kontakt mehr zu Spielern und Funktionären seines Vereins aufnehmen. Das Dynamo-Station wurde für Kotte zur Sperrzone.

Stasi-Chef Mielke gab dem Präsidenten des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB), Manfred Ewald (1926–2002), die Pressemitteilung vor: »Peter Kotte und Matthias Müller werden in Übereinstimmung mit der Spielordnung des DFV [Deutscher Fußball-Verband] der DDR für den Spielbetrieb in der Fußball-Oberliga und -Liga gesperrt.«<sup>102</sup> So erfuhr die Öffentlichkeit erst eine Woche nach der Verhaftung durch eine knappe Notiz, dass Kotte nicht mehr für Dynamo Dresden und die Nationalmannschaft auflaufen durfte. Den Leser hatten die Gründe nicht zu interessieren. Aus Torjägerlisten wurde der Name Kotte rückwirkend entfernt, auf alten Fotos sein Kopf wegretuschiert. Beschwerden sich Bürger, wurden sie vorgeladen, um »die Eingabe in geeigneter Weise [...] beantworten zu lassen.«<sup>103</sup> Ihnen wurde mitgeteilt, »dass seitens des Genossen Mielke keine Möglichkeit besteht, Einfluss zu nehmen, dass der Sportfreund Peter Kotte eine Spielberechtigung für eine zentrale Spielklasse erhält.«<sup>104</sup> Dies entsprach natürlich nicht den wirklichen Kräfteverhältnissen in der DDR-Sportpolitik. Kotte, inzwischen zum Fußballer bei der Betriebssportgemeinschaft (BSG) Fortschritt Neustadt degradiert und damit am unteren Ende des DDR-Fußballs angekommen, konnte diesem Verein überraschend zum Aufstieg in die DDR-Liga verhelfen. Oberstleutnant Tzscheuschler (Jg. 1929), Leiter der Abteilung XX (S. 60) der Bezirksverwaltung Dresden, entschied daraufhin: »Ausgehend von seinem gegenwärtigen Verhalten und Auftreten im Kollektiv sowie im Freizeitbereich spricht nichts dagegen, dass Kotte

mit der BSG Fortschritt Neustadt in der DDR-Liga Fußball spielen kann. Einer Spielerlaubnis für die Oberliga wird nicht zugestimmt. Gleiche Auffassungen werden vom Genossen Modrow vertreten.«<sup>105</sup> Das MfS hätte also genauso wie die SED mit ihrem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, Hans Modrow, Einfluss nehmen können. Doch selbst die DDR-Liga blieb Kotte verwehrt. Er sollte nie wieder für eine Oberliga- und Ligamannschaft der DDR auflaufen.

Ist der Fall Kotte ein Einzelfall in der DDR oder doch ein Beispiel für eine systematische Einflussnahme des MfS auf den Fußball?

Die große Furcht des MfS vor republikflüchtigen Fußballern, Fans und Funktionären war allgegenwärtig. Solche »Sportverräter« durfte es nicht geben. Die Angst der SED vor politischen Schäden und erheblichen negativen Auswirkungen auf den Leistungssport bestimmte das Handeln des MfS. Deshalb waren Spieler und Anhänger der Fußballclubs ständig im Fadenkreuz der Stasi. Der Fall Kotte ist kein Einzelfall.

Die Jagd nach dem »Feind« auf und am Rande des Fußballplatzes hatte oberste Priorität. So wurde bereits das Umfeld von Kindern und Jugendlichen ausspioniert, damit kein Geld und Aufwand investiert wurde, wenn nicht sicher schien, dass der junge Sportler fest zur DDR stand. Später folgte die lückenlose Überwachung der Spieler durch hauptamtliche Mitarbeiter des MfS getarnt als Funktionäre in den Vereinen, durch inoffizielle Mitarbeiter des MfS im Spielerkreis und seinem Umfeld, durch Briefkontrollen, durch Beobachtung und durch Abhörmaßnahmen. Die inoffiziellen Mitarbeiter bei Dynamo Dresden hätten zusammen eine prominent besetzte Mannschaft mit Trainer und Mitarbeitern der medizinischen Abteilung ergeben.<sup>106</sup> Vor Auslandseinsätzen wurden die Reisekader gesondert überprüft. Dem MfS war es vorbehalten, den Einsatz von Spielern im westlichen Ausland zu verhindern oder sie ganz aus den Oberliga- und Ligavereinen ausdelegieren zu lassen. Alle Spieler und ihr Umfeld wurden durchleuchtet, ob sich Hinweise für eine Republikflucht ergaben. Um gezielt Einfluss auf den Spieler und seinen Einsatz nehmen zu können, wurden seine politische Einstellung, seine Bindung an die DDR und »wesensbestimmende« Charaktereigenschaften ermittelt.



**FORTSCHRITT NEUSTADT:** von links obere Reihe: Zeuke, Höhne, Große, Stöber, Wohlrabe; mittlere Reihe: BSG- und Sektionsleiter G. Köhler, Übungsleiter Kern, Röhl, Schmidt, Pehse, Gäbel, Krämer, Mannschaftsleiter Pientka, Masseur Chr. Köhler, 2. Übungsleiter Tietze; untere Reihe: Harte, Pohlink, Grohmann, Schneider, Krause, Harenburg. Es fehlt Müller.  
Foto: Schmidt

> Die BSG Fortschritt Neustadt wurde 1982 Bezirksmeister von Sachsen und gewann zudem den Bezirkspokal. Das MfS ließ Peter Kotte (hintere Reihe, links außen) aus dem Mannschaftsfoto retuschieren, bevor es das »Sportecho« veröffentlichte.  
BStU, MfS, BV Dresden, Leiter der BV, Nr. 10898, Bl. 13 und 16



268/93

Bezirksverwaltung  
für Staatssicherheit  
Leiter

Dresden, 12. August 1985  
XX/ka-hey-bo

Vertrauliche Verschlusssache  
VVS-o002

BVIS Ddn-Nr.: 241/85  
1. Ausf. Bl./S. 1 bis 18

We 1186  
We 1187  
We 1188  
We 2189

Dienstleistungen  
Leiter

BStU  
000001

Maßnahmeplan zur politisch-operativen Sicherung von Fußballspielen der Oberliga und Liga der DDR

In Auswertung der Vorkommnisse und negativen Erscheinungen bei Fußballspielen der Spielzeit 1984/85 sowie der schweren Ausschreitungen beim Fußball-Europapokalfinale der Landesmeister in Brüssel ist es erforderlich, die Qualität der politisch-operativen Sicherung von Fußballspielen der Fußballoberliga (Punkt-, Pokal- und Cupspiele) und ausgewählten Spielen der Liga weiter zu erhöhen.

Wiederholt haben sich in der Vergangenheit die Führung der Partei, die Schutz- und Sicherheitsorgane, der DTSB der DDR und andere Organe und Einrichtungen mit Problemen und Aufgaben zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen, insbesondere mit der Durchführung von Fußballspielen, befaßt. Trotz verstärkter Anstrengungen aller Beteiligten und auch sichtbarer Fortschritte auf diesem Gebiet entsprechen die bisherigen Ergebnisse noch nicht überall den Erfordernissen.

Die das Ansehen der DDR und der sozialistischen Sportbewegung beeinträchtigenden Erscheinungen in Fußballstadien bzw. vor und nach den Spielen sind durch zielgerichtete Anwendung der politisch-operativen Mittel und Möglichkeiten und das abgestimmte Vorgehen aller Partner des Zusammenwirkens weiter zurückzudrängen.

Auf der Grundlage

- der Dienstanweisung 1/85 des Genossen Minister zur politisch-operativen Sicherung von Veranstaltungen (VVS 5/85 vom 25.2.85) unter Beachtung des "Materials zur politisch-operativen Sicherung von Veranstaltungen" vom 12. 5. 79 (VVS 28/79)
- des Schreibens des Stellvertreters des Ministers, Genossen Generalleutnant Mittag, vom 25. 1. 85 und der dazu von mir erteilten Weisung vom 20. 2. 85 (VVS 208/85 "Maßnahmen zur politisch-operativen Sicherung von bedeutsamen Sportveranstaltungen in der DDR und im sozialistischen Ausland")
- des Schreibens des Genossen Minister vom 2. 8. 85

weise ich an:

> Anweisung des BV-Leiters zur Sicherung von Fußballspielen in den beiden höchsten Spielklassen der DDR und bei internationalen Wettbewerben, um Vorkommnissen »vorzubeugen«, die dem Ansehen der DDR schaden können. 1985  
BStU, MfS, BV Dresden, Leiter der BV, Nr. 10058, Bl. 1



> Fußballfans im Block C des Dynamo-Stadions. Das MfS beobachtete sie im Rahmen der Aktion »Meister II«. 1977  
BStU, MfS, BV Dresden, Abt VIII, Nr. 12294, Bl. 16

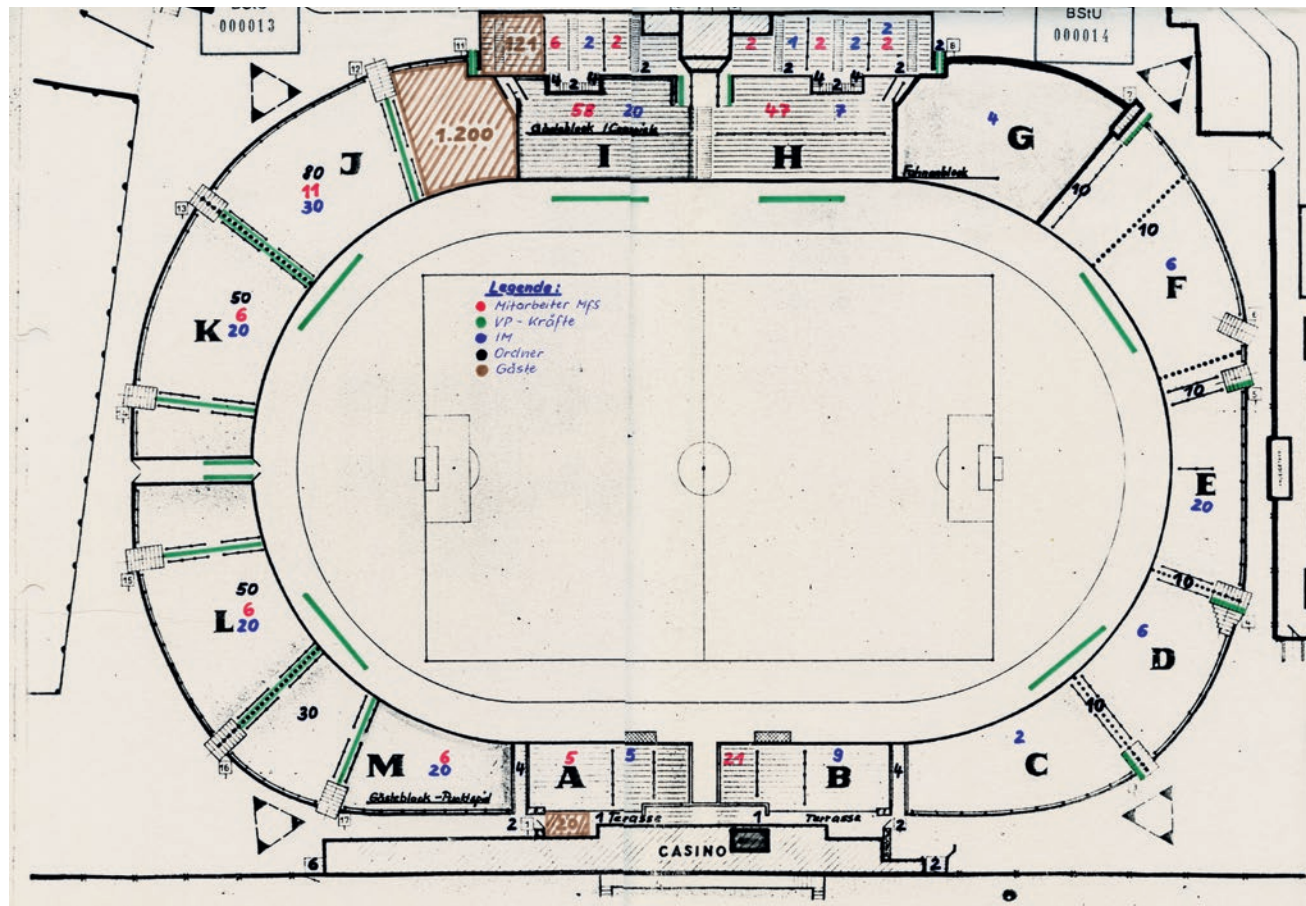
Doch nicht nur die Spieler, sondern auch die Fans und die Überwachung der Spiele standen im Fokus des MfS. Deshalb wurden immer wieder Beratungen zu »Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit bei der Durchführung von Fußballspielen der Oberliga, der DDR-Liga und bei internationalen Cup-Spielen«<sup>107</sup> zwischen Organen der SED, beginnend vom ZK bis zum Sekretär der SED-Bezirksleitung, der Volkspolizei, der Feuerwehr, dem Strafvollzug, den Staatsanwälten, den Funktionären von DTSB, FDJ und Vereinen und dem MfS durchgeführt. Für das MfS kam es insbesondere darauf an, »unsere operative Arbeit in Fan-Clubs und unter negativen jugendlichen Personenkreisen weiter zu verstärken, um rechtzeitig vorher zu wissen, welche negativen Erscheinungen/Handlungen geplant sind, um diese vorbeugend zu verhindern«.<sup>108</sup> Dafür wurden Dienstanweisungen erstellt, Befehle erteilt und Aktionen ins Leben gerufen. Allein für die Aktion »Vorstoß«, die Absicherung des Fußballspiels der Landesmeister zwischen Dynamo Dresden und Bayern München am 7. November 1973, wurde gegen 866 Fans ermittelt, um negative Schlagzeilen für die DDR auszuschließen.<sup>109</sup> Nach Abstimmung mit der SED wurde festgelegt, wer zum Auslandsspiel nach München reisen darf. Auch die Zuteilung der Eintrittskarten für das Heimspiel wurde vom MfS beeinflusst und kontrolliert. Außerdem galt es, Transitwege, Hotels und das Dynamostadion lückenlos zu überwachen. Wie bei jedem Spiel – diesmal jedoch in deutlich größerem Umfang – wurden für jeden Block hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter zur Absicherung eingesetzt.

Prowestliche Sympathiebekundungen, Provokationen, »Hetze« und »Rowdytum« sollten unterbunden werden. Große Aufmerksamkeit schenkte das MfS dem Fußballfan und Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher. Er wurde von der An- bis zur Abreise über die Grenzübergangsstelle Hirschberg lückenlos überwacht. Insgesamt stellte das MfS fest, dass es 13-mal zu Kontakten zwischen DDR-Bürgern und BRD-Touristen und -Journalisten und zweimal zur Mitnahme von BRD-Touristen in DDR-Pkw kam. Dreimal verhielten sich Personen verdächtig, ohne dass die Gründe dafür sofort aufgeklärt werden konnten. Genug Anlässe also für das MfS, weiter zu ermitteln. Einmal ins Visier des MfS geraten, konnte das für Fans Ordnungsstrafen, Stadionverbote, sogenannte Zersetzungsmaßnahmen oder sogar Haft bedeuten.

**Sportfunktionär Manfred Ewald  
nennt Mielke den »erfahrensten Mann  
auf dem Gebiet des Sports«.**

Dieser Aufwand war kein Einzelfall, sondern die Regel. So wurde auch für das UEFA-Cup-Spiel Dynamo Dresden – VfB Stuttgart am 19. April 1989 akribisch festgelegt, welche Einsatzgruppen des MfS welche Hotelzimmer in den Interhotels in Dresden belegen und wie die einreisenden Fußballfans zu überwachen waren.<sup>110</sup> Der Einsatz von fast 500 inoffiziellen und hauptamtlichen





> Einsatz von Hauptamtlichen und IM des MfS, Volkspolizei und Ordnern zur Absicherung des Europa-Cup-Spiels der SG Dynamo Dresden gegen den VfB Stuttgart. 1989

BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 9200, Bl. 13-14

Mitarbeitern des MfS zur Absicherung des Spiels in Dresden wurde geplant.<sup>111</sup>

Doch auch mit anderen heiklen Problemen sah sich das MfS konfrontiert. So kam es nicht selten zu Beschwerden über Schiedsrichterentscheidungen zugunsten des Berliner Fußballclubs (BFC) Dynamo, dem Heimatverein des MfS und besonderen Liebling von Stasi-Chef Mielke, und gegen Mitkonkurrenten und Meisterschaftsanwärter wie Dynamo Dresden. In mindestens einem Fall hatte der Protest eines Fans unangenehme Folgen. Resultat war eine Vorladung des Beschwerdeführers zum MfS und die Aufforderung, dies künftig zu unterlassen.<sup>112</sup>

Ebenfalls informiert und beteiligt war das MfS am Einsatz von »unterstützenden Mitteln«, also Doping, in den Fußballvereinen. Dafür hatte die Stasi unter anderem den Doping-Koordinator Dr. Manfred Höppner (Jg. 1934) als IM »Technik« verpflichtet.<sup>113</sup> Dieser verstieß 1983 auf Anweisung des MfS gegen seine Meldepflicht gegenüber dem Präsidenten des DTSB, dass aus-

gerechnet beim BFC Dynamo bei einer Kontrolle vor der Ausreise zu einem Europa-Cup-Spiel nicht weniger als 14 Spieler gedopt waren. Er übergab das Protokoll dem MfS.<sup>114</sup> Die Stasi wollte natürlich nicht das Doping, sondern das Bekanntwerden dieser verbotenen Praxis in der Öffentlichkeit, insbesondere im Ausland, und die Sperrung der gedopten Spieler verhindern.

Verfolgte die Stasi im Fall des Fußballers Kotte nur eine versuchte Republikflucht? Vordergründig mag dies so ausgesehen haben. Für die Fans war dies allerdings ein durchsichtiges Spiel: Das Verbot, Kotte, den besten Stürmer von Dynamo Dresden, weiter einzusetzen, schwächte den Rivalen des BFC. Mit der Beeinflussung der Meisterschaftsspiele durch zweifelhafte Schiedsrichterentscheidungen und mit der Verhinderung der Sperrung gedopter Spieler des BFC, trug das MfS wesentlich dazu bei, dass der BFC Serienmeister in der DDR wurde – jener Club, der zufällig auch der Lieblingsverein von Stasi-Chef Erich Mielke war.

UDI

## Prag – Dresden – Hof: Sonderzüge in die Freiheit

Am 3. Oktober 1989 reiste Markus Rindt (Jg. 1967) in die ČSSR. Er hatte ein Ziel: Er wollte in die bundesdeutsche Botschaft in Prag gelangen und so seine Ausreise durchsetzen. In die ČSSR gelangte er problemlos, vor dem Botschaftsgebäude musste er allerdings warten, bevor er hinein kam. Das gesamte Gelände war überfüllt mit Menschen. Am Folgetag brachten DDR-Busse nach Genehmigung durch die SED-Führung die Ausreisewilligen zu Sonderzügen, mit denen diese über das Gebiet der DDR nach Hof in der Bundesrepublik fuhren. Markus Rindt erinnert sich: »Aber wir waren uns unserer Sache noch nicht sicher, als wir nachts durch Dresden und Karl-Marx-Stadt rollten. Die ganze Bahnstrecke war abgesperrt. Dass wir im Westen angekommen waren, merkte ich in der Dunkelheit nur daran, dass an einem Bahnübergang plötzlich keine Trabis

mehr warteten, sondern andere Autos.«<sup>115</sup> Die Stasi registrierte seine Ausreise mit dem Stempelaufdruck „A[us]R[eise]. 5.10.89 Zug Pr[ag]“ auf einer Karteikarte. Heute lebt Markus Rindt in Brandenburg. 1997 gründete er gemeinsam mit Sven Helbig die Dresdner Sinfoniker und ist deren Intendant.

»Liebe Landsleute, ich bin heute zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...«, der Rest des Satzes von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ging im Jubel von über 6 000 Flüchtlingen auf dem Gelände der bundesdeutschen Botschaft in Prag unter. Tagelang hatten diese DDR-Bürger, im Gegensatz zu Rindt, hier ihrer Ausreise entgegengefeiert. Bereits im August 1989 hatten ausreisewillige DDR-Bürger die bundesdeutsche Botschaft in Prag besetzt. Am 11. September meldete der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland Hermann Huber nach Bonn, dass 434 Menschen Zuflucht gesucht



> Markus Rindt (im Fenster über dem DR-Enblem mit der Hand am Fensterrahmen) bei seiner Ankunft mit dem Botschaftszug in Hof. 5.10.1989  
Foto: picture-alliance/dpa/Wolfgang Eilmes





> Am 4.10.1989 eskalierte die Situation am Dresdner Hauptbahnhof. Zahlreiche Polizisten waren schon in den Nachmittagsstunden im Einsatz.  
Foto: Matthias Rietschel

hätten. Es war nicht das erste Mal, dass Ausreisewillige in einer Botschaft um Unterstützung baten. Hermann Huber stellte jedoch eine wesentliche Veränderung unter den Flüchtlingen des Spätsommers fest: »Mehr und mehr zeigte sich eine qualitative Änderung in der Zusammensetzung der Flüchtlinge. Während früher bei vielen die Bereitschaft bestand, gegen Zusagen von Rechtsanwalt Vogel die Botschaft zu verlassen, zeigte sich jetzt mehr und mehr eine militante Haltung, die darauf abzielte, das DDR-Regime zu Zugeständnissen zu zwingen. Sie wollten unmittelbar in die Bundesrepublik ausreisen.«<sup>116</sup>

Die Belagerung der Botschaft in Prag durch DDR-Bürger war im Westen ein Medienereignis erster Güte, im Osten dagegen für das SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« eine »zügellose Hetzkampagne der BRD«.<sup>117</sup> Zur gleichen Zeit bereitete die DDR Jubelfeiern zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober vor und die

Prager Ereignisse drohten diese zu einem unbedeutenden Ereignis zu degradieren. Außenpolitisch führte die Besetzung der Botschaft zu intensiven Gesprächen am Rande der UN Vollversammlung im September 1989 in New York vonseiten des Außenministers Hans-Dietrich Genscher.

Vor diesem Hintergrund entschied sich Honecker, Tausende Botschaftsflüchtlinge aus Prag in Sonderzügen der Deutschen Reichsbahn in die Bundesrepublik ausreisen zu lassen. Jedoch sollten diese »Botschaftszüge«, wie sie alsbald genannt wurden, über das Gebiet der DDR fahren. Die Bürger sollten direkt aus der DDR und nicht aus dem sozialistischen Bruderland ausreisen. Während der Zugfahrt wurden den Ausreisenden die Personaldokumente entzogen. Der erste Zug setzte sich am 30. September in Bewegung. Am gleichen Tag hatte Genscher die frohe Nachricht vom Balkon der Botschaft aus übermittelt. Zu diesem



> Abends wurden Wasserwerfer eingesetzt.  
BStU, MfS, BV Dresden, OD TU/H, Nr. 5137, Bl. 8, Bild 34

Zeitpunkt waren längst umfangreiche Vorbereitungen der SED-Partei- und Staatsführung und des Staatssicherheitsdienstes getroffen worden. An den Prager Bahnhöfen standen in der Nacht zum 1. Oktober 1989 mehrere Sonderzüge der Reichsbahn bereit, um über 6 000 Menschen in den Westen zu bringen.

Die Ausreise der Menschen motivierte erneut Tausende DDR-Bürger, Zuflucht in der bundesdeutschen Botschaft zu suchen. Die SED-Führung genehmigte auch deren Ausreise. Weitere Sonderzüge brachten in der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober 1989 über 7 000 Botschaftsflüchtlinge in die Bundesrepublik. Das MfS konnte die neuen Entwicklungen nur registrieren und resignierend zur Kenntnis nehmen: »Vorliegenden letzten Meldungen zufolge sind mit Stand vom 5. Oktober 1989, 10.00 Uhr erneut bereits wieder 40 DDR-Bürger in die BRD-Botschaft in Prag eingedrungen und versuchen ihre ständige Ausreise zu erpressen.«<sup>118</sup>

Die Staatssicherheit, die Deutsche Volkspolizei, die Transportpolizei, die Grenztruppen und die Zollverwaltung versuchten, die Fahrten der Botschafts Sonderzüge über das Gebiet der DDR abzusichern. Dabei eskalierte die Situation, wie ein Bericht des MfS festhält: »Im Zusammenhang mit der Fahrt der Sonderzüge [...] kam es nach den über die westlichen Medien verbreiteten Zeiten der Abfahrt der Sonderzüge der Deutschen Reichsbahn und beabsichtigten Streckenführung auf dem Dresdener Hauptbahnhof sowie auf dem Vorplatz bis in die Tiefe der Prager Straße nach Ansammlungen von bis zu ca. 20 000 Personen zu tumultartigen Ausschreitungen [...]. Gegen 20.00 Uhr waren ca. 2 500 Menschen im Bahnhof, von denen mindestens 1 000 durch Sprechchöre, Pfiffe u. ä. versuchten, ihre sofortige Ausreise in die BRD zu erzwingen. [...] Unter Einsatz von Wasserwerfern und von Sonderausrüstung (Schilder, Schlagstöcke, Schutzhelme, Reizkörper) sowie durch Lautsprechereinsatz gelang es, gegen 24.00 Uhr



000002  
BStU  
000001

**EINGANG** chiffriert **TELEGRAMM** offen **AUSGANG**  
(Nichtzutreffendes streichen)

Dringlichkeit An. Fu/FS-Nr.: \_\_\_\_\_

Absender: BV Dresden, Leiter 32L/706/89

Empfänger: Leiter der Struktureinheiten

Dresden, den 2.10. 1989

Die bereits von mir informierte Situation in den BRD-Botschaften Prag und Warschau führte zu der bekannten politischen Entscheidung die DDR-Bürger aus den Botschaften über das Territorium der DDR mit Sonderzügen in die BRD auszuweisen.

Diese Maßnahme wird unter der Bezeichnung "Aktion Zug" geführt. Von allen im Rahmen dieser Aktion ausgewiesenen DDR-Bürger wurde bei einem Zwischenaufenthalt in der DDR der Personalausweis eingezogen. Die Ausreise erfolgte ohne Dokumente.

Zu aus ihrem Verantwortungsbereich ausgewiesene Personen werden Sie laufend durch die BKG informiert.

Aus dieser Gesamtlage ergeben sich folgende Aufgaben:

1. Die Mitarbeiter Inneres/GA werden im Laufe des heutigen Tages zentral mit Fernschreiben informiert. Es ist notwendig, sofort auf die Organe Inneres/GA zuzugehen und über einzu- leitende Sofortmaßnahmen Festlegungen zu treffen.
2. Da Entscheidungen zur Frage der Staatsbürgerschaft und Eigentumsverhältnisse der ausgewiesenen Personen noch nicht entschieden ist, sind diese Fälle zu registrieren und entsprechend der zu erwartenden Festlegung abzarbeiten. Das trifft auch auf Vermögensfragen, Schulden und Ansprüche dieser Personen zu, welche durch die zuständigen Stellen zu klären sind.
3. Zu den ausgewiesenen Personen sind Nachfolgeschäden, besonders in Form von Auswirkungen auf bewaffnete Organe, MfS und andere bedeutsame Institutionen soweit als möglich

Durchschlagige Durchschriften: \_\_\_\_\_ Stk. Geschrieben: \_\_\_\_\_ Gesehen: \_\_\_\_\_

Fingangsdatum: \_\_\_\_\_ Uhrzeit: \_\_\_\_\_ Anfang: \_\_\_\_\_ Ende: \_\_\_\_\_ Nachr.-Sachbearb.: \_\_\_\_\_

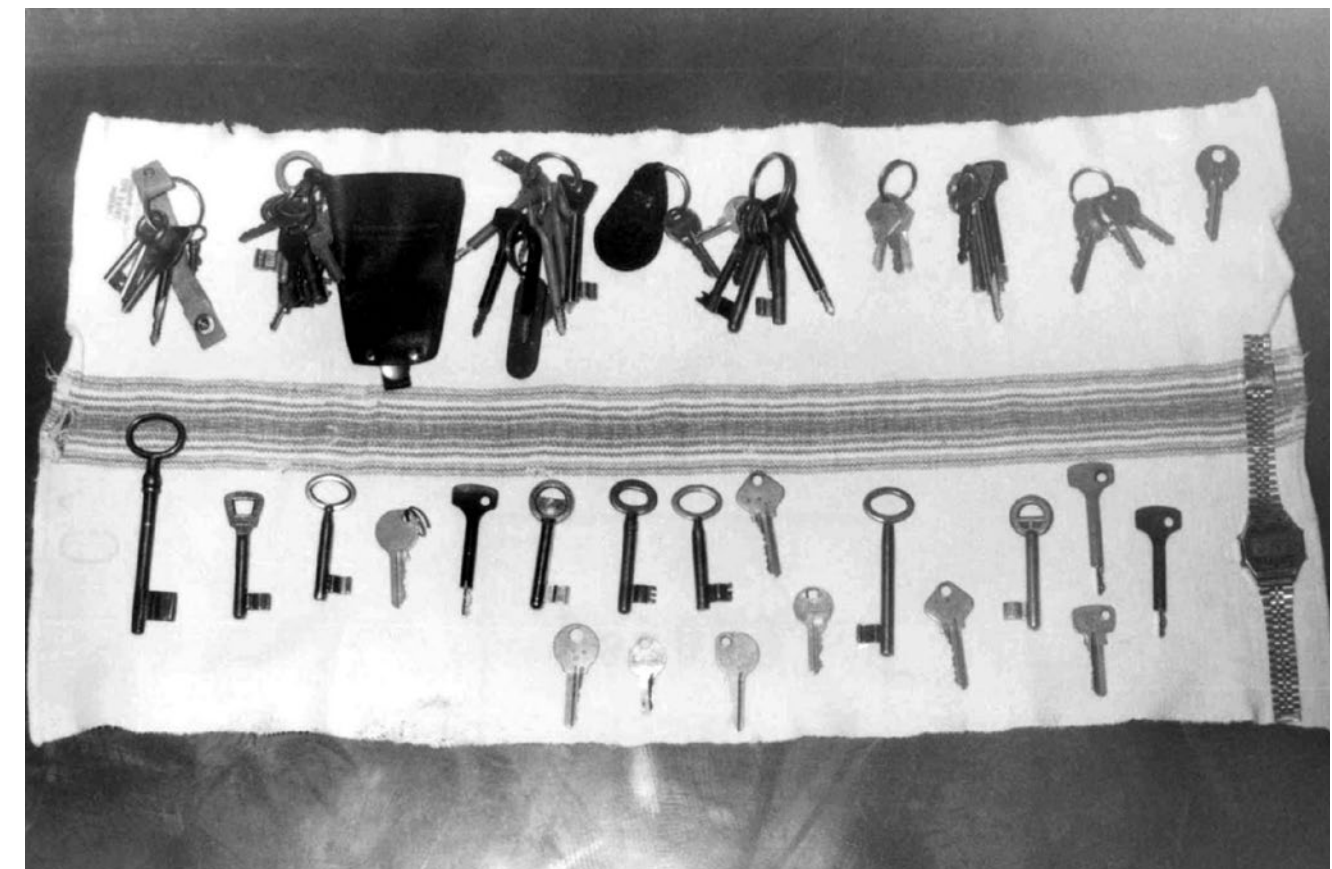
> Aktion »Zug«: Instruktionen der MfS-Bezirksverwaltung Dresden. 2.10.1989  
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 9185, Bl. 1

die Beräumung des Bahnhofs abzuschließen sowie in der Folge die sich zu diesem Zeitpunkt vor dem Bahnhof noch befindlichen ca. 10 000 Personen [...] auf ca. 2 000 bis 3 000 Personen zu reduzieren.<sup>119</sup> Filmaufnahmen der Stasi zeigen die nächtlichen Tumulte und Zerstörungen in einem Umfang, wie sie in der DDR bis dato unbekannt waren.<sup>120</sup>

Die weitere Streckenführung der Sonderzüge verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Plötzlich strahlten die Bahnhöfe von Freiberg, Karl-Marx-Stadt, Glauchau, Plauen, aber auch die freien Streckenabschnitte, darunter Langsamfahrstrecken der Reichsbahn, eine magische Anziehungskraft auf Neugierige und Fluchtwillige aus. Überall »rotteten sich Personen zusammen«, so die Stasi.<sup>121</sup> Der erste Reichsbahn-Sonderzug traf am frühen Morgen des 1. Oktober 1989 in der bayerischen Stadt Hof ein. Beifall und eine Woge der Sympathie empfingen die ersten 1 200 übernachtigten und von

der Hilfsbereitschaft überwältigten Flüchtlinge aus der DDR.

Familie Rohde hatte Verwandte in der Bundesrepublik und versuchte wiederholt, auszureisen oder wenigstens besuchsweise in die Bundesrepublik einzureisen. Im Frühjahr 1989 genehmigte der Rat des Kreises Reichenbach Familienvater Lothar Rohde (Jg. 1948) eine Besuchsreise. Lothar Rohde kehrte von dieser Reise nicht in die DDR zurück. Nach seiner Republikflucht stellten die Ehefrau Monika (Jg. 1950) für sich mit ihren vier minderjährigen Kindern und die beiden erwachsenen Söhne Anträge auf Ausreise mit dem Ziel der Familienzusammenführung. Die Ausreisearträge wurden abgelehnt. Auch im Herbst 1989 hatte die Familie noch keine Ausreisegenehmigung erhalten. In den Akten findet sich der Hinweis »vorg[esehener] AR-Termin 30.10.89«<sup>122</sup> zu Jens Rohde, einem der beiden erwach-



> In Reichenbach war die Grenze zur Bundesrepublik nicht mehr weit. Die Zuginsassen warfen alles, was sie an die DDR erinnerte, aus dem Zug. Oktober 1989  
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, PI Nr. 518/89





> DDR-Flüchtlinge vor Zeltunterkünften im Garten der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland.  
Foto: Bundesregierung/Christian Seebode



> Sonderzug in die Freiheit: Ankunft der Flüchtlinge aus der Prager Botschaft am 5.10.1989 im Bahnhof Hof (Bayern).  
Foto: picture-alliance/Wolfgang Eilmes

senen Söhne Rohdes. Er war über diesen geplanten Ausreisetermin nicht informiert. Die Antragsteller wurden oftmals erst Stunden vor ihrer Ausreise in die Bundesrepublik über die vorliegende Genehmigung in Kenntnis gesetzt und mussten dann in aller Eile packen.



> Jens Rohde. Vor 1989  
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, KD Reichenbach, Nr. 116, Bl. 46

Jens Rohde (Jg. 1970) wollte zu seinem Vater in die Bundesrepublik übersiedeln. Bereits am 26. September 1989 war die Stasi auf ihn aufmerksam geworden. Er saß in einem D-Zug Leipzig – Karlovy-Vary (Karlsbad). Wegen des Verdachts des ungesetzlichen Grenzübertritts entzog ihm das Volkspolizeikreisamt Reichenbach

den Personalausweis. Schon vorher hatte Jens Rohde mit seinem Bruder und zwei Freundinnen nach Ungarn reisen wollen. Diese Reise war ebenfalls wegen des Verdachts der Flucht abgelehnt worden.

Als Anfang Oktober die Botschaftszüge auch durch Reichenbach fuhren, erkannte er seine Chance: »Wir waren in der Disco als ein Arbeitskollege uns erzählte, dass im Fernsehen die Nachricht von den Sonderzügen gebracht wurde. Sofort war uns klar, die Züge fahren über Reichenbach und dort musste zwangsläufig aus technischen Gründen ein Lokwechsel erfolgen. Die Züge müssen folglich in Reichenbach halten.«<sup>123</sup> Jens Rohde und seine beiden Freunde waren nicht allein an der Bahnstrecke. Allein 500 DDR-Bürger belagerten am Abend des 1. Oktober 1989 den Bahnhof von Reichenbach.<sup>124</sup> Die jungen Männer sprangen gemeinsam auf den ersten Sonderzug auf und gelangten auf diesem Wege in die Bundesrepublik. Dem MfS und seinem dichten Überwachungsnetz entging dies völlig. In den Stasi-Unterlagen deutet nichts auf diese spektakuläre Flucht hin – klare Anzeichen einer Erosion der Macht.

KFe/CHe



## Anmerkungen

- 1 Angaben von Zeitzeugin Ilona Rau, Juli 2016.
- 2 Vernehmungsprotokoll, 29.6.1953; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bl. 139–141, hier 141 (Akte Staatsanwalt).
- 3 Urteil, 26.7.1953; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bl. 156–186, hier 173.
- 4 BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bl. 4.
- 5 BStU, MfS, BV Dresden, KD Niesky, Nr. 6119, Bl. 6 sowie die Zeugenvernehmung im Ermittlungsverfahren; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bl. 173.
- 6 Provokateure Victor Piegsa und [Name] aus Niesky, 5.8.1953; BStU, MfS, BV Dresden, KS 402/59, Bl. 65.
- 7 Ebd.
- 8 Dortiges Ersuchen vom 7.11.56 [Strafvollzugsanstalt Leipzig an Staatsanwalt des Bezirkes], 28.11.1956; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bl. 59 (Vollzugsakte), Bl. 73.
- 9 Abschrift Vernehmung eines Zeugen, KD Niesky, 26.6.1953; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bd. o. Nr., Bl. 23; Vgl. Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Köln u. a. 1999, S. 297–299.
- 10 Gesamtübersicht über die Vorgänge vom 17.–19.6.1953 im Bezirk Dresden, 1.7.1953; BStU, MfS, BV Dresden, 1. Stellvertretender des Leiters, Nr. 4, Bl. 1–26, hier 6.
- 11 Roth, Heidi: 17. Juni (Anm. 9), S. 300.
- 12 Vgl. <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/der-aufstand-des-17-juni-1953/154325/der-weg-in-die-krise>
- 13 Die Kreisdienststelle Niesky befand sich 1953 auf der Karl-Marx-Straße 15, später hatte die Stasi ihren Sitz in der Gersdorfstraße 35; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54 sowie Zeitzeugengespräch mit Christel Haude am 19.7.2016.
- 14 Kowalczuk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953. München 2013, S. 104.
- 15 Strafsache gegen Markwirth, 8.7.1953; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bd. o. Nr., Bl. 6.
- 16 Ebd., Bd. o. Nr., Bl. 26.
- 17 Kowalczuk: 17. Juni 1953 (Anm. 14), S. 105.
- 18 Roth: 17. Juni (Anm. 9), S. 314 f. u. BStU, MfS, BV Dresden, KS 91/73, Bd. o. Nr., Bl. 4.
- 19 Kowalczuk: 17. Juni 1953 (Anm. 14), S. 105.
- 20 Urteil v. 18. Juli 1953; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bd. o. Nr., Bl. 1–32.
- 21 Vgl. Engelmann, Roger [Bearb.]: Die DDR im Blick der Stasi 1953. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2013, S. 12–21.
- 22 Aufklärung und Abwehr geplanter feindlicher Aktivitäten im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1988; BStU, MfS-BdL/Dok Nr. 008643, Bl. 1–4; BStU, MfS, BV Halle, BKG, Nr. 1739; BStU, MfS, BV Schwerin, BdL, Nr. 400027.
- 23 Hg. Engelmann, Roger u. a.: Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2016, S. 224 f.
- 24 Hauptamtliche Mitarbeiter, Stand v. 31.10.1989, in: Gieseke, Jens, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000, S. 557; inoffizielle Mitarbeiter, Stand v. 31.12.1988, in: Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken. Berlin 2008, S. 387.
- 25 BStU, MfS, BV Dresden, AOP 1843/81, Bl. 48.
- 26 Abschlussbericht zur Ablage des OV »Farfisa«, 14.7.1981; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 10699, Bl. 15 f.
- 27 Halbrock, Christian: Das Areal der DDR-Staatssicherheit in Lichtenberg. In: Munkel, Daniela (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei. Berlin 2015, S. 52–60.
- 28 Protokoll, AKG/ODH, 1.5.1987; BStU, MfS, BV Dresden, BdL, Nr. 4778, o. S.
- 29 Vgl. BStU, MfS, BV Dresden, BdL, Nr. 4777 u. 4778.
- 30 Informationen zu Sonntag, G., 1.11.1985; BStU, MfS, BV Dresden, AOPK 557/88, Bl. 107 f.
- 31 Tonbandbericht (IM-Bericht vom 7.11.83), 8.11.83; BStU, MfS, BV Dresden, AOPK 557/88, Bl. 225 f.
- 32 Operative Kombination zur OPK »Unternehmer«, 6.2.1986; BStU, MfS, BV Dresden, AOPK 557/88, Bl. 101 f.
- 33 Abschlussbericht zur OPK »Unternehmer«, 2.2.1988; ebd., Bl. 280–286, hier 285.
- 34 Vgl. [Redeskript für einen Vortrag zur MVM] (Es handelt sich offenbar um die Ausfertigung eines Standardvortrags mit praktischen Hinweisen für die Tagesarbeit.), o. D. (nach Mai 1987); BStU, MfS, BV Gera, Abt. VIII, Nr. 3835, Bl. 3–33.
- 35 Das MfS zählte im Kreis Kamenz 1983: 37; 1984: 51; 1985: 23 und 1986: 23 Fahrten der MVM; Vgl. BStU, MfS, BV Dresden, KD Kamenz, Nr. 8274, Bl. 100 f., 45 f., 25, 12.
- 36 Probleme der internationalen Entwicklung und das Wirken der westlichen MVM auf dem Gebiet der DDR, 12.11.1985 (Vortrag Klotzsch); BStU, MfS, BV Dresden, KD Kamenz, Nr. 8631, Bl. 6–16, hier 13.
- 37 Ebd., Bl. 7.
- 38 Konzeption für Blockierungen von MVM-Fahrzeugen auf dem Gebiet des Kreises Kamenz, 3.1.1978; BStU, MfS, BV Dresden, KD Bautzen, Nr. 8317, Bl. 98–103, hier 102.
- 39 Vgl. Alliiertenmuseum Berlin (Hg.): Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990. Berlin 2004.
- 40 Ministerium für Staatssicherheit, Presseabteilung (Hg.): Spionagetätigkeit der westlichen MVM/MI, 1/1989, Informationsmaterial für die Öffentlichkeitsarbeit (36 S. + 16 Bl. Bildmaterial). Berlin 1989, S. 3.
- 41 Verpflichtung vom 23.10.1985; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 8064/90, Teil I, Bl. 83.
- 42 Vorschlag zur Werbung als IM, KD Dresden-Stadt, 10.2.1986; ebd., Bl. 25–27, hier 26.
- 43 Bericht zur Kontaktierung, KD Dresden-Stadt, 4.10.1985; ebd., Bl. 75–77, hier 76.
- 44 Treffbericht, KD Dresden-Stadt, 13.1.1988; ebd., Teil II, Bl. 114 f., hier 115.
- 45 Vgl. Pleil, Ingolf: Mielke, Macht und Meisterschaft: Die »Bearbeitung« der Sportgemeinschaft Dynamo Dresden durch das MfS 1978–1989. Berlin 2001, S. 91–106.
- 46 Bericht des IM »Kersten«, 21.3.1986; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 8064/90, Teil II, Bl. 26.
- 47 Bericht des IM »Kersten«, 16.4.1986; ebd., Bl. 36.
- 48 Einschätzung zum IM »Kersten«, KD Dresden-Stadt, 15.11.1989; ebd., Teil I, Bl. 117.
- 49 Kowalczuk, Ilko-Sascha: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR. München 2013, S. 225; Hg. Engelmann, Roger u. a.: Das MfS-Lexikon (Anm. 23), S. 174 f.; 207.
- 50 Ebd., S. 96; Florath, Bernd: Die inoffiziellen Mitarbeiter. In: Munkel, Daniela (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei. Berlin 2015, S. 40–51.
- 51 Treffbericht, KD Dresden-Stadt, 9.7.1986; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 8064/90, Teil II, Bl. 49 f.
- 52 Florath, Bernd, (Anm. 50), S. 40–51.
- 53 Richtlinie Nr. 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS), 8.12.1979; BStU, GVS MfS 0008-1/79, Bl. 1–67, hier 7.
- 54 Verfügung zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens; BStU, MfS, BV Dresden, AU 2576/81, Strafsache Bd. 2, Bl. 4.
- 55 Vgl. Urteil; BStU, MfS, BV Dresden, AU 2576/81, Strafsache, Bd. 1, Bl. 53–60.
- 56 Stellungnahme von Claus-Hermann Dahl zur Strafsache; BStU, MfS, BV Dresden, AU 2576/81, Ermittlungsverfahren, Bd. 1, Bl. 24.
- 57 Gespräch mit Claus-Hermann Dahl.
- 58 Vgl. Informationen zur Aktion »Delphin«; BStU, MfS, BV Dresden, KD Bischofswerda, Nr. 50153.
- 59 MfS-Befehl 6/77 vom 18.3.1977.
- 60 Vgl. Argumentationshinweise der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG); BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XVIII, Nr. 13655, Bl. 2–24, hier 3.
- 61 Eisenfeld, Bernd: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens. In: Poppe, Ulrike u. a.: Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, S. 192–223.
- 62 MfS-Befehl Nr. 6/77 vom 18.3.1977.
- 63 Dienstabweisung Nr. 3/85 zur politisch-operativen Kontrolle und Auswertung von Postsendungen durch die Abteilungen M, 3.6.1985; BStU, MfS, BdL/Dok. Nr. 5091, Bl. 4.
- 64 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, M-Kartei.
- 65 Auswertung einer zentralen Dienstkonferenz der Abteilung M in den Stasi-Bezirksverwaltungen im Jahr 1985: »Es wurde nochmals deutlich gemacht, dass die wichtigste Kampfaufgabe für die Abteilung M darin besteht, mit kurzen Bearbeitungsfristen Feinde im Postverkehr aufzuspüren.«; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 25, Bl. 3.
- 66 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 12, Bl. 10 f.
- 67 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 178, Bl. 418.
- 68 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 12, Bl. 10 f.
- 69 Ebd.
- 70 Ebd.
- 71 Mitteilung der HA XIX, 10.12.1986; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 14973.
- 72 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 12, Bl. 7.
- 73 Labrenz-Weiß, Hanna: Abteilung M (MfS-Handbuch). Berlin 2005, S. 40.
- 74 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 25, Bl. 8.
- 75 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 11, Bl. 4.
- 76 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 175, Bl. 13.
- 77 Ebd., Bl. 10.
- 78 Ebd., Bl. 10–15.
- 79 Ebd.
- 80 Ebd.
- 81 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 178, Bl. 381.
- 82 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 24, Bl. 2.
- 83 Ebd.
- 84 BStU, MfS, BV Dresden, SR PS, Nr. 88, Bl. 72.
- 85 Beschluss des Ministerrates über die Konzeption zur Wiedereröffnung der Semperoper Dresden, 9.3.1984; BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 7918, Bl. 5–14, hier 9.
- 86 Weckbrodt, Heiko: Punker, Umweltschützer und Pazifisten unerwünscht. Aktion »Semperoper«: Wie die Stasi 1985 die Wiedereröffnung der Semperoper in Dresden abschränkte. Dresden 2015. Kindle Edition, S. 4.
- 87 Information über Reaktionen der Bevölkerung Dresdens im Zusammenhang mit der Großkundgebung und der Eröffnung der Semperoper zum 40. Jahrestag der Zerstörung der Stadt am 13.2.1985, BV Dresden, 13.2.1985; BStU, MfS, BV Dresden, AKG, PI Nr. 34/85, Bl. 3–5, hier 4.
- 88 Weckbrodt: Punker (Anm. 86), S. 9.
- 89 BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 9201.
- 90 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XIX, Nr. 21853, Bl. 3.
- 91 Pleil, Ingolf: Aktion »Semperoper«. In: Dresdner Neueste Nachrichten v. 10.2.2015, S. 13.
- 92 BStU, MfS, BV Dresden, BdL/Dok Nr. 401731, Bl. 1 f.
- 93 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 11987, Bl. 22.
- 94 Operativauskunft der Abteilung XX der BV Dresden, 18.10.1983; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 3242/90, Teil I, Bd. 1, Bl. 204–207, hier 206.
- 95 Ebd., Teil I, Bd. 1, Bl. 408 f.
- 96 Bericht über den Treff mit dem IM »Hans Mai« am 21.12.1984; ebd., Teil II, Bd. 1, Bl. 246–248.
- 97 Information zum Intendanten der Semperoper Dresden, Abt. XX der BV Dresden, 17.8.1986; ebd., Teil I, Bd. 2, Bl. 165.
- 98 Bericht über den Treff mit dem IM »Hans Mai« am 21.12.1984; ebd., Teil II, Bd. 1, Bl. 246–248, hier 247.
- 99 Information zum Intendanten der Semperoper Dresden, Abt. XX der BV Dresden, 17.8.1986; ebd., Teil I, Bd. 2, Bl. 165.
- 100 Parteiinformation des MfS an Genossen Modrow über die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung gegen drei Mitglieder der Oberliga-Fußballmannschaft SG Dynamo Dresden, 05.02.1981; BStU, MfS, BV Dresden, AKG, PI Nr. 11/81, Bl. 1–10, hier 2.
- 101 Ebd., Bl. 4.
- 102 Ebd., Bl. 5.
- 103 Anweisung der Hauptabteilung XX zum Umgang mit einer Eingabe eines Fans, 27.8.1982; BStU, MfS, BV Dresden, Leiter der BV, Nr. 10898, Bl. 9.
- 104 Protokoll über eine Aussprache des MfS mit einem Fan wegen einer Eingabe, 20.9.1982; BStU, MfS, BV Dresden, Leiter der BV, Nr. 10898, Bl. 6.
- 105 Einschätzung des Verhaltens von Kotte nach der Ausdelegierung aus dem Leistungssport, 1.4.1982; BStU, MfS, BV Dresden, Leiter der BV, Nr. 10909, Bl. 179.
- 106 Leske, Hanns: Erich Mielke, die Stasi und das runde Leder: der Einfluss der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit auf den Fußballsport in der DDR. Göttingen 2014, S. 328.
- 107 Beschluss des Sekretariats der SED-Bezirksleitung über Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit bei der Durchführung von Fußballspielen der Oberliga, der DDR-Liga und bei internationalen Cup-Spielen, 31.7.1989; BStU, MfS, BV Dresden, Stellv. Operativ, Nr. 93, Bl. 1–11, hier 1.
- 108 Ebd.
- 109 Aktenvermerk der Abt. VIII der BV Dresden zu Ermittlungen im Rahmen der Aktion »Vorstoß« (Absicherung des Spiels Dynamo Dresden gegen Bayern München), 18.10.1973; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VIII, Nr. 12535, Bl. 7.
- 110 Maßnahmenplan zur Überwachung des VfB Stuttgart und seiner Fans beim Spiel in Dresden, 17.4.1989; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VI, Nr. 2280, Bl. 10–12.
- 111 Kräfteinsatz zur Absicherung des Europa-Cup-Spiels Dynamo Dresden gegen VfB Stuttgart im April 1989, 18.4.1989; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 9200, Bl. 7, 13 f.
- 112 Meldung des Leiters der BV Dresden an die HA XX über den Brief eines Bürgers und die Reaktion der BV, 8.5.1984; BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 8641, Bl. 9 f.
- 113 Spitzer, Giselher: Doping in der DDR: ein historischer Überblick zu einer konspirativen Praxis; Genese, Verantwortung, Gefahren. Köln 2012, S. 201 ff.
- 114 Spitzer, Giselher: Sicherungsvorgang Sport: das Ministerium für Staatssicherheit und der DDR-Spitzensport. Bonn 2005, S. 174 ff.
- 115 Interview mit Markus Rindt. In: DB mobil, Nr. 10, 2009.
- 116 DDR-Flüchtlinge in der Botschaft, Rede des Botschafters a. D. Hermann Huber.
- 117 Zu einer zügellosen Hetzkampagne der BRD. In: Neues Deutschland v. 5.9.1989, S. 1.
- 118 Information über die Realisierung von Maßnahmen zur Ausweisung der Personen, die sich widerrechtlich in der Botschaft der BRD in Prag aufhielten am 4./5. Oktober 1989; BStU, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 613, Bl. 22–27, hier 27.
- 119 Ebd., Bl. 24 f.
- 120 Die Ereignisse vom 4.10.1989 und die entstandenen Schäden am Hauptbahnhof Dresden; BStU, MfS, BV Dresden, Vi, Nr. 13.
- 121 Lageeinschätzung über die Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt im Zusammenhang mit der Durchführung zentral festgelegter Maßnahmen zur Ausweisung von Bürgern der DDR, die sich rechtswidrig in der diplomatischen Vertretung der BRD in der CSSR aufhielten; BStU, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 613, Bl. 13–17.
- 122 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, KD Reichenbach, Nr. 466, Bl. 143.
- 123 Gespräch mit Jens Rohde.
- 124 Lageeinschätzung über die Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt im Zusammenhang mit der Durchführung zentral festgelegter Maßnahmen zur Ausweisung von Bürgern der DDR, die sich rechtswidrig in der diplomatischen Vertretung der BRD in der CSSR aufhielten; BStU, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 613, Bl. 13–17.
- 125 Vgl. Hg. Engelmann u. a.: Das MfS-Lexikon (Anm. 23); Gieseke, Jens: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 2012 (MfS-Handbuch); Munkel, Daniela (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei. Berlin 2015; <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%26363%3B-1424.html>



## Die Dienststellen der Stasi im Bezirk Dresden



**BV Dresden**  
Königsbrücker Str. 125  
von 1950 bis 1953  
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10220,  
Bl. 3



**KD Dippoldiswalde**  
Rabenauer Str. 27  
BStU, MfS, BV Dresden, KD Dippoldiswalde,  
Fo, Nr. 17866, Bild 12



**KD Görlitz**  
Bis 1988:  
Thälmannstr. 7  
(heute James-von-Moltke-Str.)

Ab 1988:  
Wilhelm-Pieck-Str. 112 (heute Reichertstr.)  
BStU, MfS, BV Dresden, KD Görlitz, Nr. 70270,  
Bild 88



Ab 1953:  
Bautzner Str. 111–116  
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10225,  
Bl. 8



**KD Dresden-Land**  
Bautzner Str. 175  
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. RD, Fo, Nr. 268,  
Bild 1/05



**KD Großenhain**  
Alter Waidweg 1  
BStU, MfS, BV Dresden, KD Großenhain, Fo,  
Nr. 10690, Bild 10



**KD Bautzen**  
Mättigstr. 37  
BStU, MfS, BV Dresden, KD Bautzen, Nr. 9542,  
Bild 1



**KD Dresden-Stadt**  
Bautzner Str. 110  
BStU, Außenstelle Dresden



**KD Kamenz**  
Ernst-Thälmann-Str. 15  
(heute Oststr.)  
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10730,  
Bild 10



**KD Bischofswerda**  
Bischofstr. 16  
BStU, MfS, BV Dresden, KD Bischofswerda, Fo,  
Nr. 52451, Bild 1



**KD Freital**  
Wilsdruffer Str. 23  
BStU, MfS, BV Dresden, BdL, Fo, Nr. 7129,  
T 2/2, Bild 1



**KD Löbau**  
Hartmannstr. 5  
BStU, MfS, BV Dresden, KD Löbau, Fo,  
Nr. 18137, Bl. 6, Bild 1



**KD Meißen**  
Dresdner Str. 42/44  
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 10716,  
Bild 27



**KD Riesa**  
Lommatzcher Str. 3  
BStU, MfS, BV Dresden, BdL, Nr. 2309, Bild 1



**KD Niesky**  
Gersdorfstr. 35  
BStU, MfS, BV Dresden, KD Niesky, Fo,  
Nr. 6535, Bild 1/12



**KD Sebnitz**  
Finkenbergr. 13  
BStU, MfS, BV Dresden, KD Sebnitz, Fo,  
Nr. 4882, Bd. 1, Bild 2/1



**KD Pirna**  
Postweg  
BStU, MfS, BV Dresden, KD Pirna, Nr. 70261,  
Bl. 6, Bild 1



**KD Zittau**  
Straße der Einheit 30 (heute Bahnhofstr.)  
BStU, MfS, BV Dresden, KD Zittau, Fo,  
Nr. 7014, Bild 1



Später:  
Seminarstr. 7  
BStU, MfS, BV Dresden, KD Pirna, Nr. 70261,  
Bl. 6, Bild 4



**OD TU Dresden**  
befand sich im Gebäude der Universität.  
Zugang über George-Bähr-Str. 7 oder  
Salvador-Allende-Platz (heute Münchner  
Platz)  
Archiv der TU Dresden, Audiovisuelles  
Medienzentrum, N 675-5

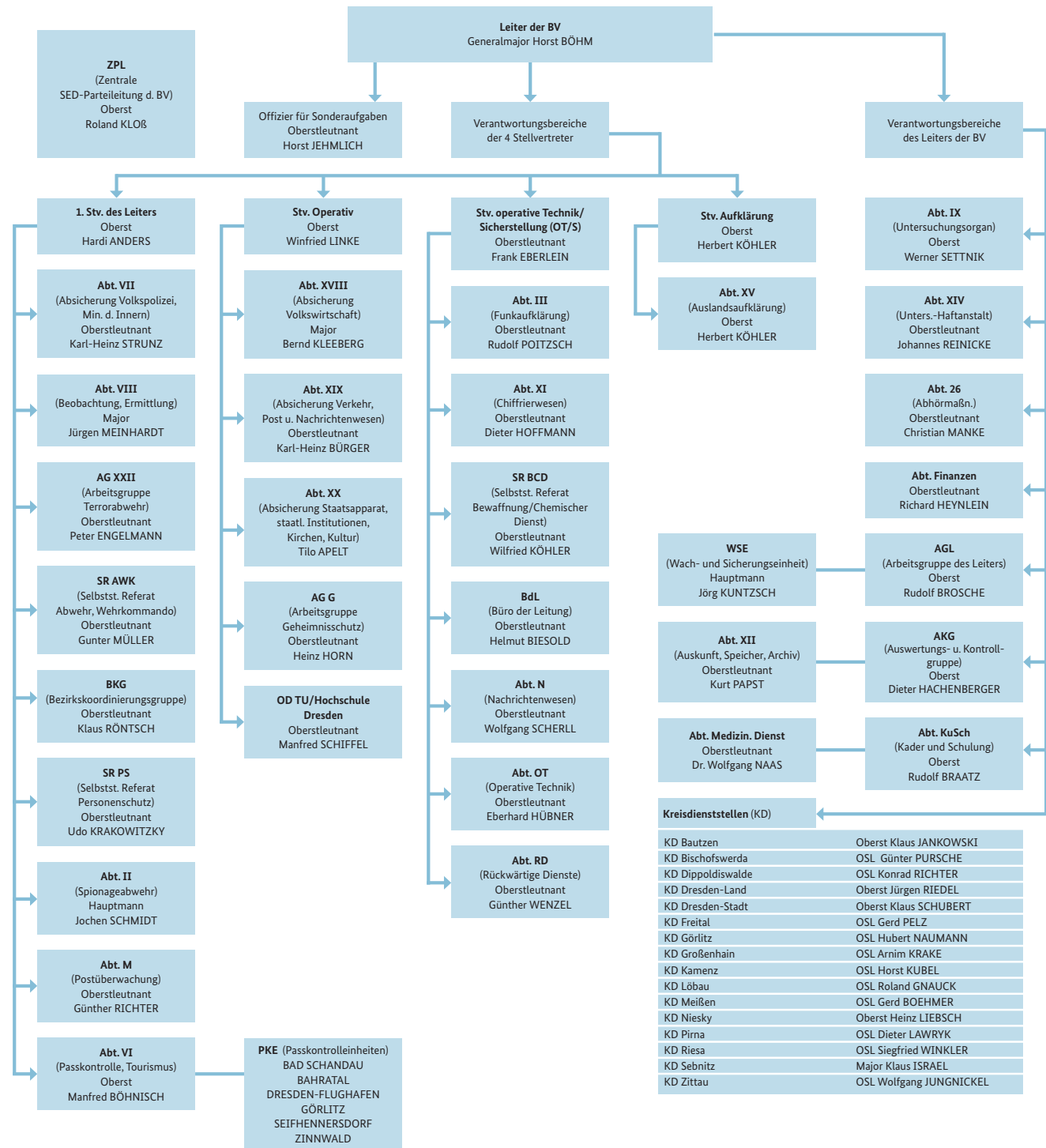


Struktur und Aufgaben der Stasi in Dresden

# Bezirksverwaltung (BV) Dresden

des Ministeriums für Staatssicherheit

(Stand 11/89)



## Kurzbiografien der Minister und der Leiter der Bezirksverwaltung Dresden

### Die Minister für Staatssicherheit

**Wilhelm Zaisser**  
(\* 1893, Rotthausen, † 1958, Berlin)



BArch, Bild 175-04246

1923–1926 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet bzw. Oberbezirksleitung West  
 1927–1932 Mitarbeiter der Komintern (Moskau)  
 1932 Eintritt in die KPdSU  
 1932–1936 Leiter einer militärpolitischen Schule bei Moskau  
 1936–1939 Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg  
 1943–1946 Lehrer an Antifa-Schulen  
 1947 Rückkehr nach Deutschland, Eintritt in die SED  
 1947–1948 Chef der Landesbehörde der Polizei Sachsen-Anhalt  
 1948–1949 Innenminister des Landes Sachsen  
 1950–1953 **Minister für Staatssicherheit**, Mitglied des SED-Parteivorstandes/ZK und des Politbüros  
 Absetzung nach dem Aufstand vom 17. Juni wegen »partei-feindlicher fraktioneller Tätigkeit«  
 1953  
 1954 Parteiausschluss

**Erich Mielke**  
(\* 1907, Berlin, † 2000, Berlin)



BStU-Kaderkarteikarte

Speditionskaufmann  
 1924 Jugendorganisation des Roten Frontkämpferbundes  
 1927 Eintritt in die KPD  
 1931–1935 Flucht in die UdSSR nach der Ermordung von zwei Polizisten, Besuch der militärpolitischen Schule in Moskau  
 1936–1939 Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg  
 1940–1943 Mitarbeit in der illegalen KPD-Leitung in Frankreich  
 1945 Rückkehr nach Berlin  
 1949–1950 Leiter der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft  
 1950–1989 Mitglied des ZK der SED  
 1950–1957 stellv. Minister/Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit  
 1957–1989 **Minister für Staatssicherheit**  
 1958–1989 Abgeordneter der Volkskammer  
 1976–1989 Mitglied des Politbüros des ZK  
 1980 Armeegeneral  
 Nov. 1989 Rücktritt als Minister und Politbüro-Mitglied  
 Dez. 1989 Ausschluss aus ZK und SED  
 1993 Verurteilung wegen der Polizistenmorde von 1931

**Ernst Wollweber**  
(\* 1898, Hannoversch Münden, † 1967, Berlin)



BArch, Bild 183-26755-001

1919 Eintritt in die KPD  
 1923 Leiter von Militärorganisationen der KPD  
 ab 1936 Aufbau eines illegalen Apparates zur weltweiten Schiffssabotage gegen sogenannte faschistische Staaten  
 1940 Verurteilung in Schweden wegen Sabotage  
 1944 Ausreise in die UdSSR  
 1946 Rückkehr nach Deutschland; Eintritt in die SED  
 1950–1953 Staatssekretär im Ministerium für Verkehrswesen  
 1953–1957 **Minister für Staatssicherheit**  
 1954–1958 Mitglied des ZK der SED; Abgeordneter der Volkskammer  
 1957 nach Meinungsverschiedenheiten mit Walter Ulbricht und Erich Honecker »auf eigenen Wunsch« pensioniert  
 1958 Ausschluss aus dem ZK der SED, zwangsweise Rückgabe seines Volkskammermandats



## Die Leiter der Bezirksverwaltung Dresden

**Josef Gutsche**

(\* 1895, Gräditz/Krs. Schwiebus, † 1964, Berlin)



BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10225, Bl. 5, Bild 1

## Buchbinder

1917/1918 Rotgardist bei den revolutionären Kämpfen in Russland  
 1920 Eintritt in die KPD  
 1930 Emigration in die UdSSR, Mitglied der KPdSU  
 1931–1942 Regimentskommissar in der Roten Armee  
 1945 Rückkehr nach Deutschland  
 1946 Eintritt in die SED  
 1947–1949 Präsident des Landeskriminalamts Sachsen in Dresden  
 1949–1950 Leiter der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen (ab Februar 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS)  
 1952 **Leiter der BV Dresden**  
 1953–1955 Leiter des Informationsbüros des MfS bzw. der Abteilung zur besonderen Verwendung (Untergrundaktionen in Westdeutschland), Generalmajor  
 1955–1957 Leiter der Kontrollinspektion des MfS  
 1957 Rentner

**Gerhard Harnisch**

(\* 1916, Pirna, † 1996)



BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10225, Bl. 5, Bild 3

## Buchdrucker

1933 illegale Tätigkeit für den KJVD und die KPD, KZ Hohenstein  
 1938–1942 Reichsarbeitsdienst, dann Wehrmacht  
 1942 vier Monate Haft wegen Wehrkraftzersetzung  
 1945–1948 Sowjetische Gefangenschaft, Antifa-Schüler  
 1949 Organisations-Sekretär der SED-Kreisleitung Pirna  
 1949 Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen in Pirna (ab Februar 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS)  
 1953 **Leiter der BV Dresden**, Oberst  
 1953–1959 Leiter der Schule (ab 1955 »Hochschule«) des MfS Potsdam-Eiche  
 1959–1962 Leitende Tätigkeit für die Hauptabteilung Kader und Schulung in Berlin  
 1962–1977 Leiter des Büros der Leitung des MfS in Berlin  
 1977 Rentner

**Rolf Markert**(eigentlich Helmut Thiemann)  
(\* 1914, Werdau, † 1995, Berlin)

BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10225, Bl. 8, Bild 3

## Klavierbauer und Maurer

1934 Besuch der Kommunistischen Jugendinternationale Chotkowa, UdSSR  
 1934–1937 Rückkehr nach Berlin, Haft wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«  
 1937 KZ Esterwegen/KZ Aschendorfer Moor  
 1938–1945 KZ Buchenwald, Mitglied der illegalen Parteiorganisation der KPD  
 1945 Einstellung bei der Polizei in Chemnitz, Annahme des Namens »Rolf Markert«  
 1948 Leiter des Dezernats K 5 (politische Polizei) des Landeskriminalamtes Sachsen  
 1949–1950 Amt zum Schutz des Volkseigentums in Sachsen (ab Okt. 1949 Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft, ab Feb. 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS)  
 1951 Leiter der Länderverwaltung Brandenburg des MfS  
 1952 Leiter der Spionageabwehr des MfS Berlin  
 1953–1981 **Leiter der BV Dresden**  
 1969 Generalmajor  
 1981 Rentner

**Horst Böhm**

(\* 1937, Zwickau, † 1990, Dresden)



BStU-Kaderkarteikarte

## Dipl.-Lehrer für Marxismus-Leninismus

1954 Eintritt in die SED  
 1955 Abitur, Einstellung beim MfS  
 1961–1962 Stellvertretender Leiter der KD Stolberg und der KD Hohenstein  
 1962–1967 Studium an der Universität Leipzig  
 1966–1981 BV Karl-Marx-Stadt, ab 1974 Stellvertreter Operativ des Leiters  
 1981–1989 **Leiter der BV Dresden**  
 1982 Generalmajor  
 1989 Entlassung  
 1990 Suizid<sup>125</sup>

ECa/SSc



> BV-Leiter Markert übergibt Stasi-Chef Mielke bei seinem Besuch in Dresden ein Präsent zum 20. Jahrestag des MfS. 1970  
 BStU, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 2986, Bild 5



## Abkürzungsverzeichnis

BFC	Berliner Fußballclub	OPK	Operative Personenkontrolle (MfS) – konspirativer Vorgang zur Aufklärung und Überwachung von Personen; meist angelegt bei Verdacht auf politisch nicht konformes Verhalten bzw. zur Überprüfung von Funktionären; auch Vorlauf für eine inoffizielle Tätigkeit in der Auslandsspionage
BSG	Betriebssportgemeinschaft		
BV	Bezirksverwaltung (MfS)		
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik (Tschechoslowakei)		
DDR	Deutsche Demokratische Republik		
DM/DBB	Deutsche Mark/Deutsche Bundesbank	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund (DDR)	TU	Technische Universität
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DDR) – realsozialistische Einheitsgewerkschaft	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sowjetunion)
FDJ	Freie Deutsche Jugend (DDR) – staatsstreuere Jugendorganisation	VEB	Volkseigener Betrieb (DDR) – Staatsbetrieb, im Unterschied zu privaten und genossenschaftlichen Betrieben
IM	Inoffizieller Mitarbeiter – konspirativ und in der Regel unbezahlt tätiger Informant des MfS, vor allem zur Überwachung und Beeinflussung seines Umfeldes; flächendeckend und in allen Bereichen der Gesellschaft, auch im Ausland einschließlich der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin eingesetzt; Minister Mielke: »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«	ZK	Zentralkomitee
		ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe (MfS) – koordinierte das Vorgehen des MfS bei Ausreise und Republikflucht
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands		
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands		
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion		
KZ	Konzentrationslager		
KD	Kreisdienststelle (MfS)		
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)		
MVM	Militärverbindungsmission – der USA, Großbritanniens und Frankreichs; Sitz: Neu Fahrland bei Potsdam		
OD	Objektdienststelle (MfS) – Diensteinheit, die ausschließlich zur Sicherung bedeutender Betriebe und Einrichtungen tätig war; 1989 existierten sieben OD		

## Impressum

**Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik**  
Abteilung Bildung und Forschung  
10106 Berlin  
publikation@bstu.bund.de

Gestaltung  
Pralle Sonne, Berlin

Danksagung  
Besonderer Dank gilt Dr. Gabriele Camphausen, Dr. Helge Heidemeyer und Dr. Ralf Trinks für ihre kritische und kreative Begleitung. Durch die engagierte Unterstützung der Außenstelle Dresden des Bundesbeauftragten wurde diese Publikation erst möglich.

Mit Beiträgen von  
Annegret Jahn-Marx (AJM), Cornelia Herold (CHE), Dr. Elise Catrain (ECa), Ilona Rau (IRo), Konrad Felber (KFe), Dr. Peter Boeger (PBo), Rüdiger Sielaff (RSi), Dr. Stephanie Schlesier (SSc), Ulli Dienel (UDi)

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autorinnen und Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

In den Fällen, in denen es nicht gelang, Rechteinhaber an Abbildungen oder Texten zu ermitteln, bleiben Honoraransprüche gewahrt.

Berlin 2016

ISBN 978-3-946572-02-2  
Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos abrufbar: urn:nbn:de:0292-97839465720228



ISBN 978-3-946572-02-2



[www.bstu.de](http://www.bstu.de)

